


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT: HISTORISCHE TRADITIONEN UND ERINNERUNGSKULTUR

■ VON DER REDAKTION		■ DEKODER	
На дачу – in die Sommerpause	2	»Krieg bedeutet vor allem Opfer« Alexander Gorbatschow (Meduza)	21
■ ANALYSE		■ UMFRAGE	
Hundert Jahre ohne Zaren	2	Der Hungerstreik von Oleg Senzow	24
Andrej Subow (Moskau)		■ STATISTIK	
■ ANALYSE		Die Rentenreform	25
Sehnsucht nach der Monarchie? Die Russische Kirche im geschichtspolitischen Diskurs um die Rolle des letzten Zaren	7	■ UMFRAGE	
Margarete Zimmermann (Imre Kertész Kolleg Jena)		Die Einstellungen der russischen Bevölkerung zur Rentenreform	27
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		■ CHRONIK	
Die Einstellung der russischen Bevölkerung zu historischen Persönlichkeiten	10	18. Juni – 1. Juli 2018	29
■ ANALYSE			
Konservative Ideologie und die Besonderheiten des politischen Regimes in Russland	12		
Ilya Budraitskis (Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften)			
■ UMFRAGE			
Geschichte und Erinnerungskultur	17		

VON DER REDAKTION

На дачу – in die Sommerpause

Die Russland-Analysen machen wie üblich im Juli und im August Sommerpause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 359 – erscheint voraussichtlich am 21. September 2018. Sie wird sich mit dem Thema Minderheiten und Religion befassen. Ferner sind Hefte zu Agrarwirtschaft, Russlands Interpretationen des Völkerrechts und zur Macht der *Silowiki* geplant. Auch die Regionalwahlen im September 2018 sowie die aktuellen Entwicklungen rund um die Rentenreform werden wir im Blick behalten.

Vorerst wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Evgeniya Bakalova, Alena Göbel, Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hartmut Schröder und Anastasia Stoll

ANALYSE

Hundert Jahre ohne Zaren

Andrej Subow (Moskau)

Zusammenfassung

Das Volk Russlands (des Moskauer Zartums, des Russischen Reiches, der UdSSR, der Russischen Föderation) hat seit dem Ende des 15. Jahrhunderts unter einer absoluten Monarchie gelebt. Während es sich jedoch bis zum Sturz der Monarchie 1917 um einen »legitimen Absolutismus« handelte, so war es unter der »Sowjetmacht« ein außerrechtlicher. 1993 wurde eine legitime, begrenzte Selbstherrschaft wiedererrichtet, die sich bis 2007/08 allmählich und erneut in eine außerrechtliche Tyrannei auswuchs. Die Menschen in Russland haben keine Erfahrung mit einem Leben in realer Demokratie, in dem sie selbst auf gesetzlichem Wege die Führer ihres Landes bestimmen. Eben deshalb ist in Russland die Personalisierung der Macht so stark und die demokratischen Haltungen der Bevölkerung so schwach. In diesem Beitrag soll ein Ausweg aus dieser Sackgasse des Autoritarismus durch eine Separierung des Prinzips der personalisierten höchsten Macht und den Prinzipien einer demokratischen Staatsordnung aufgezeigt werden. Diesen Ausweg sehe ich in der Errichtung einer konstitutionellen Monarchie modernen europäischen Typs (Großbritannien, Spanien, Schweden usw.), mit einem Monarchen aus der rechtmäßigen Dynastie der Romanows und einem parlamentarischen System der realen Staatsmacht, wie es in Deutschland, Italien und den erwähnten konstitutionellen Monarchien in Europa oder in Japan besteht.

Einleitung

Vor hundert Jahren, am 17. Juli 1918, wurde Nikolaus Romanow, als Nikolaus II. der letzte russische Kaiser, von den Bolschewiki ermordet. Einige gehen davon aus, dass nach der Abdankung von Nikolaus II. am 2. März 1917 (alten Stils; n. St.: 15. März) gemäß dem Thronfolgesetz von 1797 dessen Sohn Aleksej allrussischer Kaiser wurde, auch wenn dieser wohl nichts davon wusste. Doch starben der fünfzigjährige Nikolaus und sein 14-jähriger Sohn gleichzeitig. Die rechtmäßige monarchische Macht hatte ein Ende gefunden, wenn nicht im Februar/März 1917, so spätestens durch die Morde im Juli 1918.

Die rechtmäßige, also sich auf das Recht, auf die Staatsgrundgesetze des Kaiserreichs Russland von 1906 gründende monarchische Macht war erloschen, doch

keineswegs die Monarchie als solche. Die Alleinherrschaft in Russland wurde nun nicht in rechtmäßiger monarchischer Form, sondern durch die Bolschewiki in Gestalt einer Tyrannei (wenn wir uns an die Klassifizierung der Formen politischer Herrschaft bei Aristoteles erinnern) wiederhergestellt. Deren Herrschaft schuf nahezu umgehend ein Modell, das in Russland in unterschiedlichen Varianten bis heute reproduziert wird. Diese Herrschaft gründet auf dem völligen Missverhältnis der verfassungsmäßigen Form zur Realität.

Pseudorechtliche Tyrannei der Bolschewiki

In der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) vom 10. Juli 1918 wurde der Allrussische Kongress der Räte der Arbeiter-, Bau-

ern-, Rotarmisten- und Kosakendeputierten (ab 1936: der Volksdeputierten) zum Träger der höchsten staatlichen Macht erklärt. Er war kein ständiges Gremium und wurde vom Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee (russ.: WZIK) der Räte der Arbeiter-, Bauern-, Rotarmisten- und Kosakendeputierten nicht seltener als zweimal im Jahr für eine relativ kurze Zeit einberufen. Die übrige Zeit arbeitete das WZIK des Rätekongresses ohne Kontrolle durch die Repräsentativorgane, was Möglichkeiten zum Machtmissbrauch eröffnete. Das WZIK verwandelte sich fast zu einem »kollektiven Monarchen«. In Wirklichkeit aber war auch das WZIK ein Marionettengremium der kommunistischen Parteispitze (der Spitze der Russischen – später: Allsowjetischen – Kommunistischen Partei der Bolschewiki, RKP(B) / WKP(B); seit 1951 der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, KPdSU). Bereits am 14. Juni 1918 befand das WZIK auf direkte Anweisung der Leitung der RKP(B) die Wahlen der Arbeiter- und Bauernräte, bei denen die Kandidaten der anderen sozialistischen Parteien (der menschenwristischen Sozialdemokraten, der Volkssozialisten und der Sozialrevolutionäre) für ungültig und annullierte die Mandate aller Mitglieder und Anhänger dieser Parteien in den bestehenden Arbeiter- und Bauernräten. Ab dem 14. Juli war die Herrschaft in den von den Bolschewiki kontrollierten Gebieten endgültig keine »Sowjetmacht«, keine Macht der Räte mehr, auch wenn sie sich bis ganz zu ihrem Ende im Dezember 1991 so nannte. Stattdessen war es eine ausschließlich kommunistische (bolschewistische) Herrschaft, bei der die Räte aller Ebenen nur rechtliche Dekoration waren.

Die Kommunistische Partei der Bolschewiki – und vor allem deren einziges Machtorgan, das Politbüro, in dem auch alle für das Land bedeutsamen Entscheidungen getroffen wurden – waren in keiner der Verfassungen des »sowjetischen« Staates festgeschrieben (angefangen bei der Verfassung von 1918 bis hin zur letzten Verfassung der UdSSR von 1978 – die »führende Rolle der KPdSU« wurde erstmals im berühmten Artikel 6 der Verfassung von 1978 erwähnt, 60 Jahre nach der Machtergreifung durch die Bolschewiki). In keinem juristischen Dokument wurde aufgeführt, wie dieses Gremium (das Politbüro) gebildet wird. Die tatsächliche Macht des »Sowjetstaates« befand sich die gesamte Zeit außerhalb des Rechts und somit außerhalb jeglicher formalen Kontrolle.

Hierin unterschied sich die Herrschaft der Bolschewiki sogar von der uneingeschränkten Macht der absoluten Monarchie der Romanows, wie sie bis zum aufoktroierten Oktobermanifest vom 17./30. Oktober 1905 bestand. Die absolute Macht des Kaisers war als solche in den 1832 von einer Gruppe Juristen unter Michail Speranskij kodifizierten und 1833 per Manifest von

Kaiser Nikolaus I. eingeführten Staatsgrundgesetzen genau festgeschrieben. Die Artikel vier und fünf der Staatsgrundgesetze von 1833 legten fest: »Dem Allrussischen Kaiser gehört die oberste, uneingeschränkte und selbstherrschende Macht. Gott Selbst befiehlt, seiner Macht nicht nur aus Furcht, sondern auch aus Gewissenspflicht zu gehorchen. [...] Die Person des Kaiserlichen Herrschers ist geheiligt und unverletzlich«. Aus dieser Definition wurde 1906 lediglich das Wort »uneingeschränkt« gestrichen – die Macht des Kaisers wurde jetzt durch die vom Volk gewählte Staatsduma sowie den zur Hälfte gewählten und zur Hälfte vom Kaiser ernannten Staatsrat eingeschränkt. All das wurde auch klar in den Staatsgrundgesetzen von 1906 festgeschrieben (Artikel 7 und 86).

Die staatliche Macht des Kaisers war zwar bis 1905 absolut und bis 1906/07 äußerst groß, doch war sie stets eine verfassungsmäßige. Die Macht der Bolschewiki/Kommunisten hingegen war von 1917 an bis ganz zum Ende eine nicht verfassungsmäßige, außerrechtliche. Hier liegt ein äußerst wichtiger Unterschied zwischen dem vorrevolutionären und dem revolutionären, kommunistischen Russland. Nachdem der Zar gestürzt und ermordet worden war, wurde Russland zu einer pseudorechtlichen Tyrannei. Was die Verfassung festlegte, stand in keinerlei Beziehung zur tatsächlichen Macht, und die tatsächliche Macht war in keiner Weise durch die Verfassung bezeichnet oder definiert. Das ist das wichtigste Knowhow der bolschewistischen Tyrannei.

Tradition der Alleinherrschaft

Wenn wir jedoch die Frage des Rechts auf die Macht verlassen und zum Wesen der Staatsmacht übergehen, so ist zwischen dem vorrevolutionären und dem kommunistischen Russland eine sehr große Ähnlichkeit zu erkennen. Die oberste tatsächliche Macht war stets – mit Ausnahme jener kurzen Momente des Übergangs von einem Herrscher zum anderen – in den Händen einer Person konzentriert und hing praktisch rundum vom Willen dieser Person ab. Selbst zu jenen Zeiten, als kirchliche und Volksvertretungen praktisch keine geringe Rolle bei der Ausübung der Macht spielten (Monarchie und die Ständerversammlung des *Semskij Sobor*, 1613–1688), wurde im Volksbewusstsein die oberste Macht mit der Person des Alleinherrschers assoziiert. Bojaren konnten schlecht sein und unterlagen dafür der Strafe – dem »Zorn des Zaren« –, der Zar selbst jedoch konnte nicht schlecht sein. Und wenn er es dennoch war, dann musste er durch einen neuen, »guten« ersetzt werden, den Gott für das Volk erlesen würde.

Niemand, selbst die Autoren der sowjetischen Lehrbücher für Staatsrecht nicht, hielt diese UdSSR tatsächlich für eine parlamentarische Republik. Alle wussten genau, dass es sich um eine absolute Monarchie

handelte, und stets – außer in den kurzen Phasen des »Interregnum« – wusste jede Oma aus dem letzten Dorf ohne Zögern den Namen dieses »roten Zaren«. Das war Lenin von 1918 bis 1923, Stalin von 1924 bis 1953, Chruschtschow von 1955 bis 1964, Breschnew von 1964 bis 1982, Gorbatschow von 1985 bis 1991... Trozki, Malenkov, Berija, Andropow oder Tschernenko zogen viel zu schnell vorüber, als dass ihre Namen fest mit der obersten Macht in Verbindung gebracht worden wären. Doch blieben ihre Namen lang genug hängen, um als »Herrscher auf Zeit« in Erinnerung zu bleiben.

Niemand konnte mit letzter Genauigkeit erklären, wie dieser oder jener zum tyrannischen Herrscher der UdSSR wurde. Es war bekannt, dass nach dem Tode Lenins und dem von Stalin in den höchsten Machtkreisen ein heftiger Kampf um die Macht tobte, das aber wiederum jenseits aller rechtlichen Normen. So kämpfte ein zukünftiger Anführer einer kriminellen Vereinigung um die Macht. In einigen Fällen führte dieser Kampf zur Ermordung der Konkurrenten, in anderen zu einem Deal und zu einer relativ milden Verabschiedung von der Macht, wenn auch nicht vom Leben – wie etwa bei Chruschtschow 1964. Die Macht selbst wurde aber fast immer auf Lebenszeit ausgeübt und endete mit einem feierlichen Begräbnis des »roten Zaren« im Moskauer Mausoleum oder neben demselben.

So wurde im Moskauer Staate die bis ins 15. Jahrhundert zurückreichende Tradition der Alleinherrschaft praktisch auch im aufgeklärten 19. und im blutigen 20. Jahrhundert nach Vorbild der *Orda* (der mongolisch-tatarischen »Goldenen Horde«), also nach orientalisches-despotischem Muster fortgeführt. Auch mit dem Zusammenbruch des Kommunismus 1990/91 wurde diese Tradition nicht unterbrochen. Boris Jelzin wurde zwar zum ersten Herrscher der gesamten russischen Geschichte, der demokratisch und nach korrektem verfassungsmäßigen Verfahren zum Inhaber eines höchsten Machtpostens gewählt wurde (12. Juni 1991), doch war das Amt des Präsidenten der RSFSR damals nicht das höchste in der UdSSR. Über die oberste Macht verfügte der Chef der KPdSU, Michail Gorbatschow, der gleichzeitig Präsident der UdSSR war und seine Macht im Frühjahr 1985, nach dem Tod von Generalsekretär Tschernenko, aufgrund des üblichen Deals innerhalb des Politbüros der KPdSU erhalten hatte; Gorbatschow regierte das Land im Übrigen ebenso wenig verfassungsgemäß wie seine Vorgänger. Die Versuche eines Übergangs von einer ungesetzlichen obersten Macht hin zu einer rechtmäßigen und legitimen endeten für Gorbatschow in einem völligen Misserfolg und führten dazu, dass er im Dezember 1991 jegliche staatliche Macht einbüßte. Auch Jelzins Griff nach der tatsächlich obersten Macht in Russland erfolgte außerhalb des Rechts – über

die Abschaffung jenes Staates (der UdSSR), dessen Oberhaupt sein Gegenspieler Gorbatschow war.

Konstitutioneller Absolutismus der postkommunistischen Herrschaft

Die Geschichte der obersten Macht im postkommunistischen Russland stellt sich als schleunige Rückkehr zum zunächst konstitutionellen Absolutismus (1906 bis 1917) und der dann außerrechtlichen Tyrannei der »sowjetischen« Ära dar.

Denkmal des konstitutionellen Absolutismus ist die nach der »Zeit der Wirren« (1991–1993) am 12. Juni 1993 entstandene Verfassung der Russischen Föderation. In ihr sind die Machtbefugnisse des Präsidenten zwar äußerst umfangreich, jedoch nicht uneingeschränkt. Sie werden sowohl durch die obligatorischen allgemeinen Wahlen beschränkt, wie auch durch eine Reihe von Beschränkungen bei der Bildung der Machtinstitutionen. Boris Jelzin nahm 1996 (als er sich das einzige Mal entschloss, als amtierender Herrscher Russlands um die Macht zu kämpfen) Zuflucht zu erheblichen Wahlfälschungen, um an der Macht zu bleiben. Bei den Bürgern des Landes hinterließen die Wahlen das Gefühl, dass sie nicht gleich und nicht sauber waren, also den Raum der Verfassungsmäßigkeit verlassen hatten. Das war der erste Schritt vom konstitutionellen Absolutismus des Regimes hin zu einer absoluten nicht verfassungsmäßigen Herrschaft.

Die Jahre 1998 und 1999 vergingen mit der Suche nach einem »Nachfolger«. Genannt und wieder verworfen wurden die Namen Nikolaj Aksjonenko, Sergej Stepaschin und Sergej Kirijenko. Schließlich blieb Boris Jelzin aus einer Reihe von Gründen, die nichts mit Verfassungspolitik zu tun hatten, bei der Nominierung von Wladimir Putin. Er ernannte diesen zum Ministerpräsidenten und trat danach selbst zurück, wobei er diesmal den verfassungsmäßigen Prozess einer Neuwahl des Präsidenten einleitete. Doch nahezu jeder im Land verstand dieses Vorgehen als Willen des scheidenden Herrschers, die Macht ausgerechnet Putin zu übergeben. So wurde dieser im März 2000 zum Präsidenten Russlands gewählt.

Die achtzehnjährige Herrschaft Putins stellt einen immer weitergehenden Verlassen des Gesetzesrahmens und der Verfassung dar – und eine Korrektur der Verfassung selbst durch eine gesetzgebende Versammlung, die unter einer immer größeren Menge von Fälschungen gewählt wird. Praktisch seit den Wahlen von 2007 und 2008 können wir davon sprechen, dass die Phase des konstitutionellen Absolutismus nach altem russischen Muster abgeschlossen war. Und davon, dass ein Übergang zum »sowjetischen« außerrechtlichen Absolutismus, bei dem alle Mechanismen zur Bestimmung und Kontrolle

der obersten Macht in eine vollkommene rechtliche Fiktion verwandelt wurden. Die Wahlen (Parlaments- wie Präsidentschaftswahlen), die Arbeit des Obersten und des Verfassungsgerichts, die Wahlen der Gouverneure und der Bürgermeister großer Städte gerieten zu einem Prozess, der ganz und gar von der obersten Macht Wladimir Putins und seiner Kanzlei (der Präsidialadministration) gesteuert wird, ganz wie zu Zeiten der UdSSR.

Unter diesen Umständen findet der reale Kampf um die Macht erneut außerhalb des Legitimen statt, wie es in der UdSSR jedes Mal nach dem Tod oder der Absetzung des Diktators der Fall war.

Wiederaufnahme der konstitutionellen Monarchie als Alternative zum außerrechtlichen Absolutismus

Es muss betont werden, dass die Gewöhnung an die absolute, nicht kontrollierte und außerkonstitutionelle Macht des obersten Herrschers in Russland tief verwurzelt ist. Das ist auch der Grund, warum dieses Prinzip sowohl nach dem Sturz der Monarchie der Romanows 1917, wie auch nach dem Zusammenbruch der totalitären kommunistischen Despotie 1990/91 praktisch schmerzlos, ja auf natürliche Weise wiederhergestellt wurde. Selbst die Alternative, die die Weiße Bewegung 1918–1922 bot, war keine Alternative von Demokratie gegenüber Diktatur, sondern eine der »richtigen« konstitutionellen nationalen Diktatur des Admiral Koltshak gegenüber der »falschen« Tyrannei Lenins. Es ist bezeichnend, dass die Mehrheit des Volkes in diesem Kampf die größere und vollkommen unrechtliche Diktatur der Bolschewiki unterstützte.

Was sollen nun im heutigen Russland jene politischen Bewegungen tun, die sich bemühen, das Land in einen modernen demokratischen Staat zu verwandeln und die Macht aus einem Instrument zur Verwaltung und Steuerung der Gesellschaft zu einem Werkzeug des Volkes zu machen? Gibt es angesichts dieser Vergangenheit und dieser Gegenwart die Chance für einen solchen Wandel?

Dass viele Länder der Welt die Erfahrung eines Übergangs von einem konstitutionellen Absolutismus und sogar von einer verfassungsfernen totalitären Despotie zu einer stabilen demokratischen Staatlichkeit gemacht haben, erlaubt es, auch für Russland eine bestätigende Antwort zu geben.

Wenn wir aber praktische Schritte unternehmen, sollten wir uns dieser Gewohnheit zum anomischen (rechtlosen) Absolutismus deutlich bewusst sein und diese Gewohnheit, die in Russland so stark ist, in vollem Umfang berücksichtigen.

Zunächst ist zu bedenken, dass die Macht in Russland ausnehmend personalistischer Natur ist. Es handelt

sich nicht um eine Institution der obersten Macht, sondern um einen obersten Herrscher aus Fleisch und Blut. Es geht um eine Persönlichkeit mit allen ihren Besonderheiten, Vorzügen und Mängeln. Und eben als Persönlichkeit ist sie nicht abzulösen. Praktisch kein einziger Herrscher Russlands hat aus eigenem Willen Abschied von der Macht genommen (oder dann sogar noch für einen »zuverlässigen Nachfolger« gesorgt). Die Unabsetzbarkeit der obersten Macht entspricht der üblichen Haltung des Massenbewusstseins. Für eine Umwandlung in eine gewohnte demokratische Form, bei der eine personelle Rotation der Träger der obersten Macht als optimale Variante gilt, ist ein Zeitraum von zumindest mehreren Generationen erforderlich, und das in einem Umfeld demokratischer Prozesse. Im Absolutismus aber ist kein demokratischer Prozess möglich und also ein solcher Wandel höchst unwahrscheinlich.

Was bleibt also? Meiner Ansicht nach sollte man eben wegen des Ziels einer demokratisch und durch eine Verfassung beschränkten obersten Macht die Institution der konstitutionellen Monarchie in seiner jetzt üblichen europäischen Form wiederherstellen. Dabei sollte es nicht um die Wahl eines »starken Mannes« zum Monarchen gehen, was nichts an dem gegenwärtigen Modell einer rechtswidrigen Tyrannei ändern würde (außer deren formaler Verankerung in Gesetzen), sondern um die Wiedereinrichtung der »rechtmäßigen« Dynastie, die 1917 gestürzt und durch die Ermordung des Kaisers im Juli 1918 beseitigt wurde.

Eine solche Restitution einer Monarchie bietet eine Reihe Vorteile.

Zum einen könnte der notwendige Prozess abgeschlossen werden, mit dem man den von den Bolschewiki 1917 geschaffenen und praktisch bis zum heutigen Tage nicht auf gesetzlichem Wege überwundenen Unrechtsraum verlassen würde. Die Russische Föderation gilt auf rechtlicher Ebene als Nachfolgerin der UdSSR, und nicht des Russischen Reiches. Die UdSSR hat sich nie als Nachfolgerin des Russischen Reiches betrachtet, aber auch nie eine eigene gesetzliche Alternative geschaffen. Sie war all die rund siebzig Jahre ihres Bestehens praktisch eine kriminelle Vereinigung, die unrechtmäßig die Macht über Russland innehatte. Die Früchte dieser unrechtmäßigen Machtausübung – die schlimmsten – sind wohl bekannt. Demzufolge würde eine Wiederherstellung der historischen Dynastie der Romanows diesem rechtswidrigen Zustand der Macht ein Ende bereiten, insbesondere bei einer Verknüpfung mit übergangsrechtlichen Prinzipien wie Lustration, Wiederherstellung der Eigentumsrechte, verändertem Paradigma der historischen Erinnerung und Restitution der Rechte von vielen Millionen emigrierter Russen als Bürger Russlands.

Zweitens bewahrt die moderne konstitutionelle Monarchie, in der der Monarch herrscht, aber nicht regiert, die Person des obersten Herrschers als zeremonieller und – für Gläubige – geheiligter Führer, nimmt diesem aber jede politische Macht. Die reale Macht läge in den Händen des Volkes, das dem nationalen und den regionalen Parlamenten (es geht hier um die Russische Föderation) über ein System repräsentativer Demokratie die Macht überträgt. Das Parlament bestimmt die Exekutive. Dadurch würde die reale Macht in den Händen des Volkes und den tatsächlich vom Volk gebildeten Machtinstitutionen liegen, während die persönliche Macht in der Person des Monarchen ruht. Das würde es möglich machen, die personalistischen Orientierungen des Volkes von demokratischen Formen der Machtausübung zu trennen.

Drittens ist zu berücksichtigen, dass die Dynastie der Romanows heute nicht mehr existiert. Es leben zwar einige Dutzend Personen, die als deren Nachkommen anerkannt werden. Allerdings leben sie sämtlich in demokratischen Staaten; einige stehen in engen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Herrscherhäusern in Europa. Es sind europäisch gebildete Menschen, die

nun die Prinzipien westlicher Staatlichkeit gewohnt sind. Andererseits befinden sie sich gänzlich jenseits der miteinander kämpfenden Gruppierungen in Russland. Sollte ein Angehöriger der Romanow-Dynastie auf den russischen Thron berufen werden, würde das die Verbreitung nichtsojetischer Prinzipien des politischen Lebens in der Gesellschaft Russlands erleichtern. Der Monarch könnte zudem zum informellen Mediator für neue und alte Gruppen werden, die um die oberste Macht kämpfen (hier wäre die spanische Monarchie ein gutes Vorbild).

Schließlich kann, viertens, der Übergang zur Monarchie nur ein demokratischer sein, gegründet auf den freien Willen der Bürger Russlands. Dieser Übergang wird die Grundlagen der Demokratie (die es heute praktisch nicht gibt) nicht zerstören, sondern ein notwendiges Schutzdach für deren allmähliche und – so ist zu hoffen – baldige Entstehung schaffen.

Die vor hundert Jahren durch die Bolschewiki vernichtete historische Monarchie könnte dem Aufbau einer demokratischen, europäischen Staatlichkeit dienen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags wurde am 12. Juli in der Zeitung Nesawisimaja Gaseta veröffentlicht und ist online verfügbar unter http://www.ng.ru/ideas/2018-07-12/5_7264_king.html.

Über den Autor

Andrej Subow war bis 2014 Professor an der Moskauer Staatlichen Hochschule (Universität) für internationale Beziehungen (MGIMO); seine Fachgebiete sind religiöse Geistesgeschichte, Geschichte Russlands, politische Wissenschaft und Philosophiegeschichte. Er ist der verantwortliche Redakteur der dreibändigen »Geschichte Russlands. 20. Jahrhundert« (russ.; 2016–2017). Zu seinen Veröffentlichungen gehören unter anderem »Parlamentarische Demokratie und politische Tradition« (russ., 1990) sowie »L'Eurasia del Nord. Il rischio del caos dopo l'impero sovietico« (1994).

Lesetipps

Sakwa, Richard: The Crisis of Russian Democracy, Cambridge University Press, 2011.

Sehnsucht nach der Monarchie? Die Russische Kirche im geschichtspolitischen Diskurs um die Rolle des letzten Zaren

Margarete Zimmermann (Imre Kertész Kolleg Jena)

Zusammenfassung

Der letzte Zar gewinnt im geschichtspolitischen Diskurs in Russland zunehmend an Bedeutung. Die Russische Orthodoxe Kirche unterstützt diese Entwicklung tatkräftig. Doch der vordergründige Eindruck, die Kirche sehne sich nach einer Rückkehr der Monarchie, täuscht. Die offizielle Kirchenführung distanziert sich von dieser Staatsform, nutzt jedoch die Person des Herrschers, um einerseits monarchistische Kräfte in den eigenen Reihen zu besänftigen und andererseits die aktuelle Staatsmacht zu stützen.

Einleitung

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass das Jahrhundertjubiläum der Revolutionen von 1917 in Russland relativ unspektakulär verstrichen ist. In der wissenschaftlichen Erforschung des geschichtspolitischen Diskurses in Russland herrscht Konsens, dass der Umgang mit den Revolutionen im offiziellen politischen Diskurs eher auf Vergessen, denn auf Erinnern gerichtet ist. Eine Ausnahme bildet lediglich die Erinnerung an den letzten Zaren, der laut soziologischen Umfragen mittlerweile zum bekanntesten und beliebtesten Politiker des vergangenen Jahrhunderts avanciert ist, knapp vor Stalin und Lenin. Nikolaus II. scheint 100 Jahre nach seiner Ermordung ein größeres Identifikations- und Integrationspotential zu entfalten als zu seinen Lebtagen. Sogar in Novi Sad in Serbien führt das »Russische Theaterensemble« ein Theaterstück über das Leben der letzten Romanows auf – mit finanzieller Unterstützung der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK).

In der geschichtspolitischen Debatte um die Bedeutung der Revolutionen von 1917 und der anschließenden Ermordung des Zaren durch die Bolschewiki für die russische Geschichte rückt zunehmend die kirchliche Interpretation in den Vordergrund. Angesichts der aktuellen Ereignisse könnte der Eindruck entstehen, die ROK sehne sich heute nach der Monarchie zurück: Ranghohe Bischöfe verurteilen den vermeintlich verunglimpfenden Film über eine Liebesaffäre des letzten Zaren und die ROK ist Mitbegründerin einer staatlichen Kommission zur Erforschung der Todesumstände der Zarenfamilie. Hundert Jahre nach der Ermordung und dreißig Jahre nach der Entdeckung der Gebeine könnte die Anerkennung ihrer Echtheit zu einem Reliquienboom führen, von dem auch die Kirchenführung profitieren würde. Den Anfängen der monarchistischen Bewegung nach dem Zerfall der Sowjetunion stand die Kirchenleitung seinerzeit jedoch überaus kritisch gegenüber. Erst die Heiligsprechung des Zaren im Jahr 2000 änderte die Situation ein wenig. In der Gegenwart bemüht sich die Kirchenleitung um einen Ausgleich unterschiedlicher

Positionen, nicht zuletzt um den eigenen Führungsanspruch zu bewahren.

Auf der Suche nach Geschichte

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion war auch das offizielle sowjetische Geschichtsbild zusammengebrochen; verschiedene, teils widersprüchliche Geschichtsdeutungen konnten offen thematisiert werden. Innerhalb der offiziellen Kirche stand in den 1990er Jahren vor allem die Erinnerung an die Verfolgungen im Stalinismus im Mittelpunkt, und das Jahr 1917 stand in deren Schatten oder wurde lediglich als Ausgangsbasis dafür gesehen. Das war eine Zeit, in der die Heiligsprechung von sogenannten Neumärtyrern vorbereitet und immer neue Orte von Massenerschießungen und -begräbnissen gefunden wurden, verbunden mit neuem Wissen über das repressive sowjetische System. Parallel zu dieser von der Kirchenführung unterstützten Entwicklung entstanden im Umfeld einiger Bischöfe und Priester monarchistische Gruppen, denen die Verurteilung des Sowjetsystems nicht weit genug ging und die eine Wiederherstellung der Monarchie forderten. Nicht selten war diese monarchistische Einstellung mit starken nationalistischen, antisemitischen und anti-ökumenischen Ansichten verbunden, die zum Selbstverständnis der Kirchenleitung als einer multinationalen Institution mit einer starken Stimme im weltweiten Ökumenischen Rat der Kirchen im Widerspruch standen.

Im folgenden Jahrzehnt sah sich die Kirchenführung einer wachsenden Gruppe von Gläubigen und Priestern gegenüber, die eine Heiligsprechung des Zaren forderte. Dieser Druck von unten stieg stetig an und mündete im Jahr 2000 in einer »Heiligsprechung mit Einschränkungen«: Die Zarenfamilie erhielt nicht den Status von Märtyrern, sondern lediglich von »Erduldern« (russ.: *strastoterpy*) zugesprochen, was eine etwas niedrigere Einordnung in der Heiligenhierarchie bedeutete. Außerdem wurden die in Jekaterinburg gefundenen Gebeine nicht als Reliquien anerkannt, obwohl unabhängige gerichtsmedizinische Gutachten die Echtheit bestätigt hatten.

Der Zar als Vorbild und Funktion

Die Kanonisierung der Zarenfamilie hatte auch eine kirchenpolitische Implikation und legte den sinnbildlichen Grundstein für die Verständigung der ROK mit der Russischen Orthodoxen Kirche im Ausland (ROKA) – letztere hatte die Heiligsprechung bereits 1981 vollzogen. Bis dahin waren die Beziehungen der beiden Kirchen eher von Feindseligkeiten geprägt. Die ROKA, die sich im Bürgerkrieg abgespalten hatte, hat die ROK lange Zeit als »Sowjetkirche« bezeichnet und deren Hoheitsanspruch erst mit der Unterzeichnung eines »Aktes zur kanonischen Zusammenarbeit« im Mai 2007 anerkannt. Eine der Bedingungen der ROKA für diese Anerkennung war die Kanonisierung des Zaren, weil damit auch die symbolische Abkehr vom Sowjetsystem verbunden wurde. Die faktische Wiedervereinigung unter der Federführung Moskaus brachte der ROK unter den orthodoxen Kirchen weltweit einen erheblichen Statusgewinn ein. Während der Feierlichkeiten sagte Präsident Putin, dass »die Wiedergeburt der einheitlichen Kirche die wichtigste Bedingung für die Wiederherstellung der Einheit der gesamten russischen Welt [russ.: *Russkij mir*] darstellt.«

Eine gleichzeitige Verabschiedung der »Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche« verdeutlichte jedoch, dass die Kircheführung weiterhin wenig von einer Monarchie als Regierungsform hielt. Im Abschnitt zur Staatsform steht dort, dass sich die Kirche mit jeder Regierungsform arrangieren werde, solange der Staat sich nicht dezidiert atheistisch positioniert. Die Patriarchen Aleksij II. und Kirill (seit 2009) erteilten Präsident Putin und später Medwedew ihren Segen. Bei der Amtseinführung Putins im Dezember 1999 hatte Patriarch Aleksij II. dies in aller Öffentlichkeit vollzogen – der Staatsakt wurde im Staatsfernsehen übertragen. Dieser demonstrative Schritt löste nicht nur Beifallsbekundungen aus: Zahlreiche Politiker und Vertreter anderer Konfessionen protestierten gegen die Bevorzugung der ROK. Seitdem findet diese religiöse Zeremonie unter Ausschluss der Öffentlichkeit in der Mariä-Verkündigungs-Kathedrale statt, der ehemaligen Privatkapelle der Zaren im Kreml. An diesem Ort wurden auch die Monarchen bei ihrer Inthronisation gesalbt. Dadurch enthielt der scheinbare Rückzug eine tiefere Implikation: die Herstellung einer Kontinuität der Herrschaftstradition.

Bei der Heiligsprechung des Zaren griffen somit kirchenpolitische und politische Ziele ineinander: Angesichts der vom damaligen und jetzigen Präsidenten Putin propagierten Idee des russischen Patriotismus – einer »nationalen Idee« – ergibt die Kanonisierung des Zaren kurz nach der Amtseinführung des Präsidenten durchaus Sinn, weckt die Heiligsprechung des letzten Monar-

chen doch Assoziationen mit einem starken Staat unter einer starken Führung.

»Starke Männer« an der Spitze

Für die Patriarchen und die Kirchenleitung ist es wichtig, dass die Kirche mit der Staatsmacht im gleichberechtigten Dialog steht und dieser nicht untergeordnet ist. Deshalb wird auch die Rolle des Patriarchen hervorgehoben, damit dieser als gleichrangiger Vertreter mit dem Präsidenten verhandeln kann. Während im russischen Staat die säkulare Macht im Amt des Präsidenten, bei Wladimir Putin konzentriert ist, oder dies zumindest medial so vermittelt wird, stilisiert die ROK ihren Vorsteher zunehmend als ebenbürtigen geistlichen Gegenpart.

Die prominente Rolle des Patriarchen wurde unter anderem in der fünf Stunden dauernden Rede zur Lage der ROK während des Bischofskonzils im Herbst 2018 deutlich. Keiner der anderen Bischöfe sprach auch nur annähernd so lange. Der amtierende Patriarch ist sich sicher, dass die historische Wiederherstellung des Patriarchats die Zukunft des Landes vorbestimmt hat. Bei der Präsentation einer Jubiläumsbriefmarke mit dem Abbild des Patriarchen Tichon (Bellawin, 1865–1925, Patriarch seit 1917) sagte er: »Wenn der Patriarch nicht gewählt worden wäre, dann gäbe es vermutlich das heutige Russland nicht in dieser Form.« Für Kirill ist der gegenwärtige Zustand ideal, da die Kirche »im Dialog mit dem Staat ein einzigartiges Beziehungsmodell« ausgearbeitet habe, welches bewahrt werden müsse.

Rückkehr der Monarchisten

Im vergangenen Jahr ist deutlich geworden, dass monarchistische Tendenzen wieder an Boden gewinnen. Die staatliche Politik der starken Hand, verbunden mit einer Kriegsrhetorik und im Zusammenhang mit echten Kriegen in der Ukraine und Syrien, befördert radikales Gedankengut. Dies geschieht allerdings eher gegen den Willen der Kirchenleitung, die aber mit ihrer staatstragenden Rhetorik dazu beigetragen hatte und sich jetzt nicht mehr zu einer Kursänderung in der Lage sieht.

Die Heiligsprechung der Zaren hat die monarchistische Bewegung teilweise besänftigt und teils radikalisiert, was an der Kontroverse um den Film »Mathilda« des russischen Regisseurs Alexej Utschitel ersichtlich wird: Im vergangenen Jahr hat die ROK immer dann breite Aufmerksamkeit in den russischen Medien erfahren, wenn es die Person des letzten Zaren betraf. Zunächst drehte sich die Diskussion um den Film »Matilda«, in dem die kurze aber leidenschaftliche Liebesaffäre des Thronfolgers Nikolaus Romanow mit der Balletttänzerin Matilda Kschessinskaja thematisiert wird. Die Kritik von orthodoxer Seite betraf vor allem die Darstellung

des zukünftigen Zaren als Ehebrecher. Zu dem Zeitpunkt als die Wellen der Empörung besonders hochschlugen, hatte jedoch noch kaum jemand den Film gesehen, was dem Vorwurf der Beschmutzung der Ehre eines Heiligen keinen Abbruch tat. Die offizielle Kirche reagierte verhalten ablehnend auf den Film und kritisierte vor allem die mangelnde filmische Qualität. Sich als kirchennah positionierende Gruppierungen bis hin zu einigen Dumaabgeordneten gingen weiter und drohten sowohl mit Gewalt als auch mit Strafanzeigen wegen »Beleidigung religiöser Gefühle«. Einige kleine radikale Organisationen wie die Gruppierung »Orthodoxer Staat – Heilige Rus« verübten Brandanschläge auf Kinos, um die Premiere zu verhindern. Seit der Anführer des »Orthodoxen Staates« verhaftet wurde, sind die Drohungen jedoch verstummt; die offizielle Kirche verurteilte daraufhin scharf jede Gewaltanwendung.

Auch die These von einem »Ritualmord« an der Zarenfamilie, welche Ende November von Bischof Tichon (Schewkunow) wieder in Umlauf gebracht wurde, ist im Zusammenhang mit dieser Entwicklung zu sehen. Die Formulierung »Ritualmord« erweckt im russischen Kontext sofort antisemitische Assoziationen, unabhängig davon, ob der Sprecher, wie im Fall Tichon, dies abstreitet. Die offizielle Kirche hatte in einer Stellungnahme des Heiligen Synods bereits 1997 eindeutig Stellung bezogen und diese Version als radikal und gegenstandslos verurteilt, was Tichon sicherlich bekannt war. Die Wiederholung der »Ritualmord«-These, zumal durch den nach dem Patriarchen wohl bekanntesten Kirchenvertreter, zeigt, dass eine nationalistisch-antisemitische Rhetorik zunehmend als akzeptabel gilt, um bestimmte kirchennahe Gruppen zu bedienen. Die vordergründige Distanzierung von der erklärt antisemitischen Interpretation des Zarenmordes zeigt auch, dass diese nach wie vor außerhalb des offiziell Sagbaren bleibt.

Stütze des Staates

Die Ritualmordthese war auch eine wohlkalkulierte Nebelkerze, um Aufmerksamkeit für die kirchliche Lesart der Ereignisse von 1917/18 zu generieren. Denn nur medial vermittelte Inhalte können geschichtspolitische Wirkung entfalten. Die durch die offizielle Kirche vorgenommene Deutung der Revolutionen von 1917 stützt die staaterhaltende Rhetorik der politischen Führungsriege und versucht das destabilisierende Potential devianter Interpretationen sowohl von Seiten monarchistischer als auch liberaler Gruppierungen einzudämmen.

Die politische Elite der Ära Putin verhält sich, bis auf Vertreter der Kommunisten, relativ indifferent zu den Ereignissen von 1917, wobei allerdings Revolutionen an sich völlig abgelehnt werden. Die heutige Staatsführung warnt vor jeglichen neuen Revolutionsversuchen,

da sie vor allem die politische und nationale Stabilität gefährden würden. Diese »antirevolutionäre« staatliche Geschichtspolitik wurde im Zuge der sogenannten farbigen Revolutionen im postsowjetischen Raum (Georgien 2003, Ukraine 2004 und Kirgistan 2005) verstärkt. Revolutionen und die damit einhergehende Spaltung der Gesellschaft gelten spätestens seit den politischen Protesten in Moskau im Winter 2011/2012 als eine der größten Gefahren für das Land. Noch einmal verstärkt wurde diese negative Konnotation nach den politischen Umbrüchen des Arabischen Frühlings und den Maidan-Protesten in der Ukraine.

Bezogen auf die Revolutionen von 1917 war es nunmehr die Februarrevolution, die aus Sicht der staatlichen (und kirchlichen) Geschichtspolitik den Anfang vom Ende markierte: Die Abdankung des Zaren und der Zusammenbruch des Staates werden als der eigentliche Sündenfall Russlands wahrgenommen und die Schuld dafür – je nach politischer Ausrichtung – entweder der »jüdisch-freimaurischen Verschwörung«, dem europäischen Ausland oder der innerrussischen liberalen Intelligenzija zugeschrieben.

Betrachtet man die offensichtlich erfolgreiche kirchliche (Geschichts-)Politik, ist die Frage nach den Trennlinien zwischen den unterschiedlichen Positionen weniger wichtig als die Frage, was sie letztlich vereint. Die Russische Orthodoxe Kirche ist derzeit die erfolgreichste Akteurin auf dem geschichtspolitischen Parkett, weil sie das inklusivste und passfähigste Patriotismusverständnis bietet.

Demokratie dem Namen nach

Die Führungsriege der Russischen Orthodoxen Kirche wünscht sich keinesfalls eine Rückkehr zur Monarchie, da sich aus ihrer Sicht die Zaren und Zarrinnen jahrhundertlang in innerkirchliche Entscheidungen eingemischt haben. Die 1917 (und dann wieder 1991) gewonnene Freiheit möchte kaum einer der Bischöfe aufgeben. Diese Tatsache darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine als desolat wahrgenommene Demokratie westlicher Prägung oder gar eine laizistische Staatsform ebenso wenig Anklang finden. Die Kirche strebt eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der Staatsmacht an, um eigene gesellschaftspolitische Anliegen, vom Abtreibungsverbot bis zur Restitution kirchlicher Immobilien, durchzusetzen. Geschichtspolitisch bedeutsam wird die Rolle der Kirche einerseits in der Erinnerung an die Verfolgungen der Sowjetzeit und andererseits in der Betonung der historisch wichtigen Rolle eines »starken Mannes« an der Spitze des Staates. Da die Staatsführung sich geschichtspolitisch meist indifferent äußert, übernimmt die offizielle ROK das ritualisierte Gedenken an die Opfer, ohne sich im Gro-

ßen und Ganzen der Frage nach den Tätern zu stellen. Damit entlässt sie sowohl den Staat als auch die Gesellschaft aus der Verantwortung, eigene Geschichtsdeutungen finden zu müssen. Zugleich wird Staatserhalt durch eine starke politische Kraft propagiert. Deviante Interpretationen sowohl aus dem monarchistischen als auch dem progressiven Lager haben angesichts der Kooperation auf höchster Ebene wenig Möglichkeiten breitwirksam zu werden, wobei erstere wieder zunehmend ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte rücken.

Geschichtspolitisch stärkt die Kirche den Staat und hält an dieser Verbindung auch dann fest, wenn sie treue Gefolgschaft in fast allen politischen Belangen bedeutet. Eine gänzlich neue Entwicklung ist es nicht. Im panegyrischen Nachruf auf Perikles schreibt dessen glühender Verehrer, der Historiker Thukydides, über das Athen des 5. Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung: »Es war dem Namen nach eine Demokratie, in Wirklichkeit eine Herrschaft des Ersten Mannes.«

Über die Autorin

Margarete Zimmermann ist Doktorandin der Osteuropäischen Geschichte am Imre Kertész Kolleg in Jena. Sie forscht zur Geschichtspolitik der Russischen Orthodoxen Kirche im postsowjetischen Raum und zur Migration von Sowjetdeutschen im frühen 20. Jahrhundert.

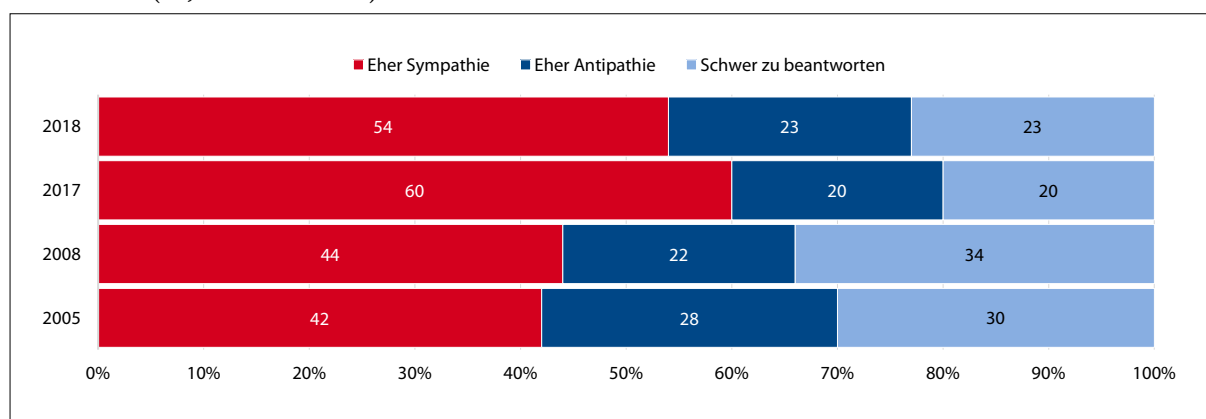
Lesetipps:

- Hovorun, Cyril: Political Orthodoxies. The Unorthodoxies of the Church Coerced, Minneapolis, MN: fortress press 2018.
- Laruelle, Marlene: The Russian Orthodox Church's Conquest of the History Market. 7. Juni 2018; <<http://www.ponarseurasia.org/point-counter/article/russian-orthodox-churchs-conquest-history-market>>.
- Elsner, Regina: Kontrollverlust und Erinnerungspolitik, ZOIS Spotlight 28/2017, 25. Oktober 2017; <<https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-spotlight/kontrollverlust-und-erinnerungspolitik/>>.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

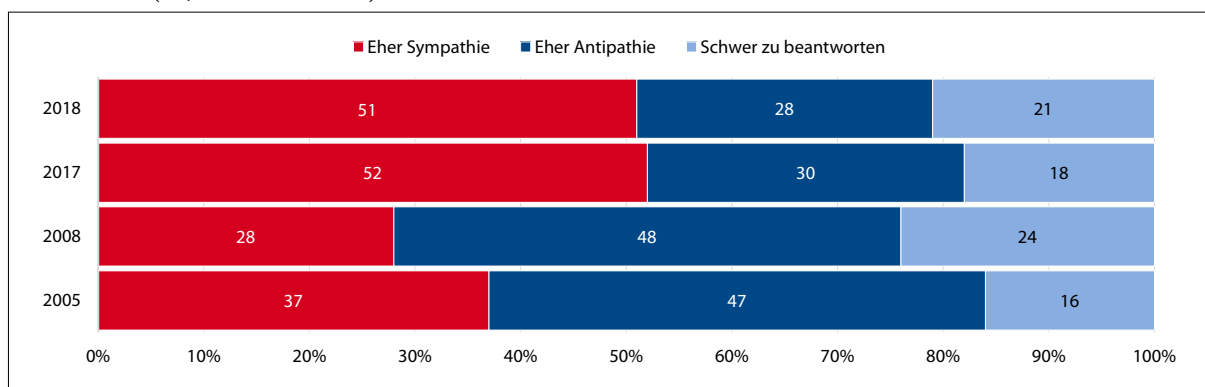
Die Einstellung der russischen Bevölkerung zu historischen Persönlichkeiten

Grafik 1a: Was empfinden Sie gegenüber den Politikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts? (%; eine Antwort) – Nikolaus II.



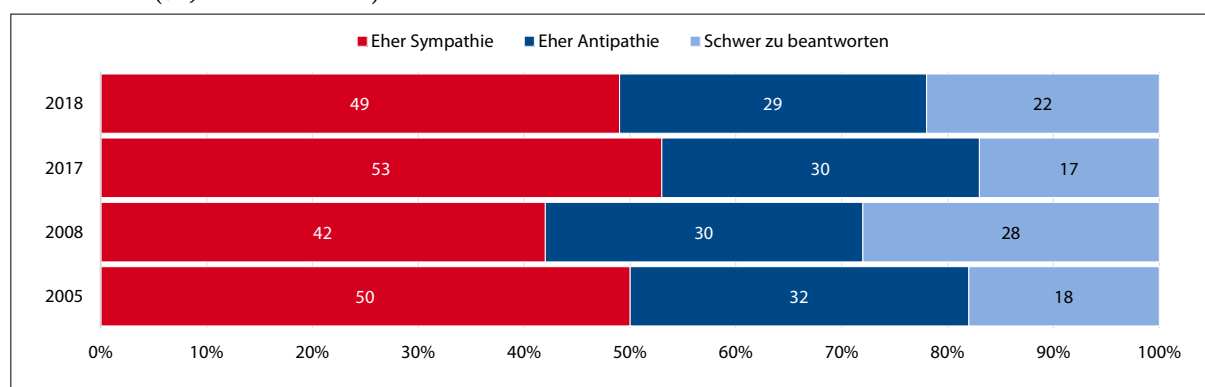
Quelle: WZIOM-Umfrage, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=9180>>, veröffentlicht am 26. Juni 2018

Grafik 1b: Was empfinden Sie gegenüber den Politikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts? (%; eine Antwort) – Stalin



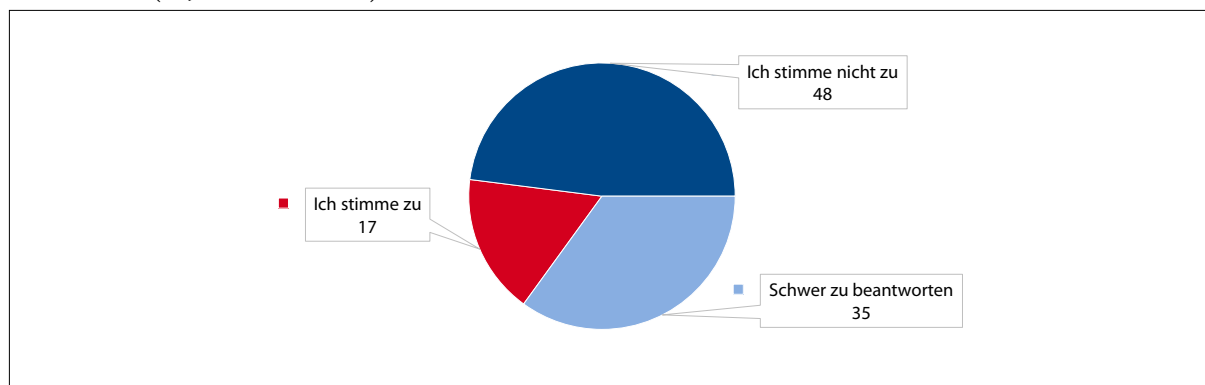
Quelle: WZIOM-Umfrage, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=9180>>, veröffentlicht am 26. Juni 2018

Grafik 1c: Was empfinden Sie gegenüber den Politikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts? (%; eine Antwort) – Lenin



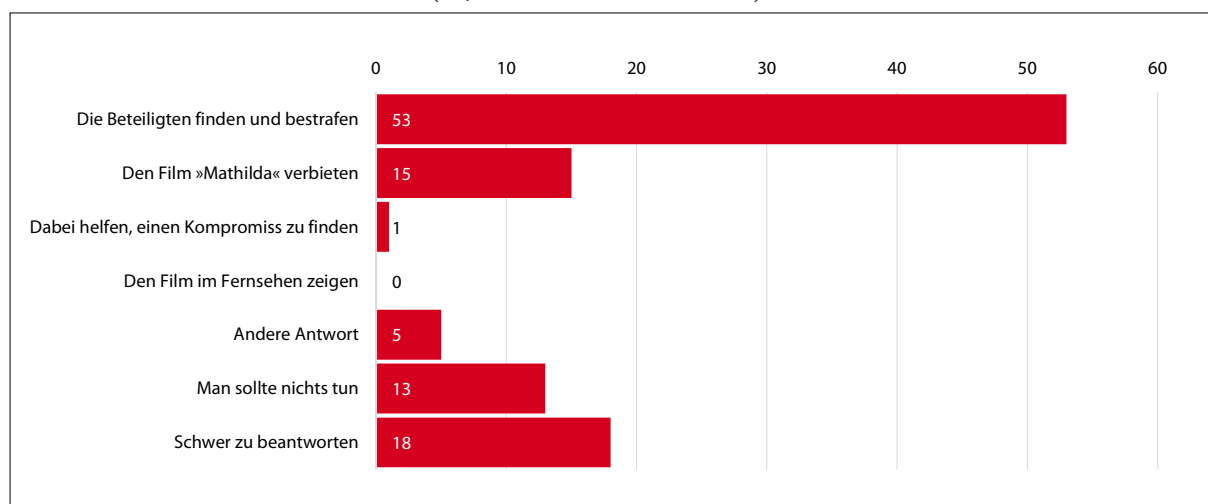
Quelle: WZIOM-Umfrage, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=9180>>, veröffentlicht am 26. Juni 2018

Grafik 2: Die Dumaabgeordnete Natalja Poclonskaja ist der Meinung, dass der Film »Mathilda« das Gedenken an Zaren Nikolaus II. und die religiösen Gefühle beleidigt. Poclonskaja fordert, die Vorführung des Filmes zu verbieten. Stimmen sie Poclonskaja zu? (%; eine Antwort)



Quelle: WZIOM-Umfrage, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=3619>>, veröffentlicht am 25. Oktober 2017

Grafik 3: Radikale russisch-orthodoxe Gruppierungen haben gegen den Film protestiert; es kam zu Ausschreitungen und Brandstiftungen. Was sollte der Staat tun, um diesen Konflikt zu beenden? (%; max. zwei Antworten)



Quelle: WZIOM-Umfrage, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=3619>>, veröffentlicht am 25. Oktober 2017

ANALYSE

Konservative Ideologie und die Besonderheiten des politischen Regimes in Russland

Ilya Budraitskis (Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften)

Zusammenfassung

Der Beitrag erörtert die Besonderheiten der politischen Rhetorik des politischen Regimes in Russland, in der sich Elemente des Konservatismus und des Neoliberalismus verbinden. Anhand einer Evolutionsanalyse der Ideologie im Putinschen Russland werden mögliche Parallelen zwischen der russischen Variante eines offiziellen Konservatismus und dem Phänomen des Neokonservatismus in westeuropäischen Ländern untersucht.

Einleitung

Der zu erwartende triumphale Sieg von Wladimir Putin bei den letzten Präsidentschaftswahlen im März 2018 hat sowohl der Bevölkerung des Landes, wie auch den ausländischen Beobachtern zweifelsfrei den personalistischen Charakter des politischen Regimes in Russland bestätigt. In der ideologischen Ausgestaltung der Wahlen war eindeutig ein konservatives Motiv zu erkennen: Das Verfahren glich einem Plebiszit, bei dem eine Bekräftigung der Treue zum nationalen Führer identisch erschien mit der Treue zum Lande selbst, zu sei-

ner Geschichte, seiner Souveränität und seinen politischen Traditionen. Der Wahlkampf war ein vollwertiges Theaterschauspiel, bei dem die Rollen sorgsam von den Technokraten der Kremladministration verteilt werden: Über die armseligen Figuren der oppositionellen Kandidaten, an denen die Willkürlichkeit und Verantwortungslosigkeit dieser politischen Spiele deutlich wird, erhob sich die prinzipiell entpolitisierte Gestalt Wladimir Putins, der die »ewige Gegenwart« verkörpert, die Zeit, die fließt und jedwede unvorhersagbaren Veränderungen ausschließt. In diesem Bild von der Gegen-

wart wählen die derzeit Lebenden ihre Zukunft nicht selbständig, sondern bekräftigen lediglich ihre Beteiligung an einem insgeheimen Pakt zwischen den Generationen. Daher vollzieht sich die eigentliche Wahl der Bewohner Russlands – jenseits sekundärer politischer Formen – Kraft der Gebräuche und historisch gewachsenen Lebenspraktiken.

Diese konservative, antipolitische und antidemokratische Art und Weise, auf die das Putin-Regime legitimiert wird, verbindet sich durchaus organisch mit jener marktwirtschaftlicher Logik, von der die Gesellschaft in Russland durchzogen ist: Der Verzicht auf politische Wahl und Entscheidung wird nicht nur durch Treue zu den Traditionen begründet, sondern wird auch von einem totalen Misstrauen gegenüber allen Formen des gesellschaftlichen Lebens begleitet. Kehrseite des herrschenden Konservatismus ist das individuelle »Sich-um-sich-selbst-kümmern«, der Vorrang des persönlichen Interesses vor dem allgemeinen. Die Nachhaltigkeit der Verbindung aus konservativer Rhetorik der Regierung und marktwirtschaftlicher Atomisierung der Gesellschaft ist besonders in der vorherigen Amtszeit von Wladimir Putin (seit 2012) deutlich geworden. In dieser Zeit wurde der zunehmende staatliche Nationalismus – vor allem seit 2014, vor dem Hintergrund der Annexion der Krim und der Konfrontation mit dem Westen – von einem konsequenten Kurs in Richtung Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung und der Bildung sowie einer Reduzierung der Sozialverpflichtungen begleitet. Die sogenannte Krim-Mehrheit, die schweigende Einheit patriotischer Bürger (die sich um die Unterstützung des außenpolitischen Kurses des Kreml schart) verbindet in ihren Reihen den Stolz auf die Wiederherstellung eines »historischen Russland« und ein beständig wachsendes Misstrauen gegenüber konkreten staatlichen Institutionen. Die Wahrnehmung dieser Institutionen (der Polizei, der Gerichte oder der Mittelschule) als ineffiziente und korrupte Strukturen ist längst allgemeine Ansicht geworden. Das findet seinen Ausdruck allerdings nicht in zunehmenden Protesten, sondern in einer »Entpolitisierung« sozialer Fragen. Es wird davon ausgegangen, dass der Einzelne die Verantwortung für die Sicherheit, die Gesundheit und den Wohlstand seiner Familie selbst übernehmen und dabei nicht auf den Staat zählen soll. Darüber hinaus schafft die vorherrschende Logik des Privatinteresses die Möglichkeit, jeden einzelnen korrupten Beamten zu »verstehen«: Dieser will ja nur, wie jeder andere auch, für eine bessere Zukunft für seine Angehörigen sorgen. Eine solche »Entpolitisierung« sozialer Fragen entspricht vollkommen dem Geist neoliberaler Reformen im Sozialbereich, wo der Staat der Bevölkerung lediglich auf beiderseitig nutzbringender Grundlage »Dienstleistungen« zur Verfügung stellt.

Konservatismus und Neoliberalismus: Gefährliche Verbindungen

Ungeachtet des von der Regierung deklarierten »Sonderweges« Russlands lässt sich die bestehende ideologische Komposition des Regimes durchaus mit der neokonservativen Wende im Westen vergleichen, die erstmals in Bezug auf die Politik von Thatcher und Reagan vor dreißig Jahren analysiert wurde. Es war in jener Zeit, angesichts einer Wirtschaftskrise, dass der Angriff der Rechten auf den Sozialstaat in Form eines »autoritären Populismus« einsetzte, der ideologische Komponenten enthielt, die zuvor unvereinbar gewesen waren, nämlich die Berufung auf konservative Werte und die Apologie des uneingeschränkten marktwirtschaftlichen Interesses. Thatchers berühmte Maxime »Es gibt keine Gesellschaft« geriet in unmittelbaren Widerspruch zu den Grundlagen konservativer Weltanschauung, für die die Gesellschaft die vorrangige, bestimmende Kategorie ist. Der Thatcherismus bedeutete einen Bruch nicht nur mit dem bisherigen sozialdemokratischen Konsens, sondern auch mit der konservativen politischen Tradition.

Seit den Zeiten Benjamin Disraelis hat der britische Konservatismus dem Liberalismus die historisch gewachsene Einheit der Nation gegenübergestellt, die durch die gemeinsame Ordnung und durch gegenseitige Verpflichtungen geknüpft wird. Für die Konservativen war der Staat nicht ein »Nachtwächter«, dessen Funktionen sich lediglich auf den Schutz des Eigentums und auf Garantien gegen eine Einmischung in das Privatleben beschränken, sondern eine organische Fortsetzung der Gesellschaft, deren »Form«. Die Beziehungen zwischen Staatsmacht und Bürger stellten hier keinen rationalen Kontrakt dar, sondern gründeten auf Ansehen und ähnelten metaphysisch der Rolle des Vaters gegenüber den Mitgliedern der Familie. Gleichzeitig ist den Konservativen die sozialdemokratische Idee des »gesellschaftlichen Interesses« stets fremd gewesen, weil für dessen Verwirklichung aktive Interventionen in die Wirtschaft notwendig sind.

Gesellschaft ist für Konservative nie ein normativer Begriff gewesen, sondern stellte stets eine besondere Resultante der Geschichte eines jeden Landes dar. Der Umstand, dass man sich auf die real gewachsenen Beziehungen innerhalb einer konkreten nationalen Gesellschaft stützte, ist auch der Grund für die Skepsis der Konservativen gegenüber allen Reformen, die den universellen Prinzipien von Freiheit oder Gerechtigkeit zum Triumph verhelfen sollen. Aus dieser skeptischen Haltung des Konservatismus ergab sich auch organisch eine positivistische Haltung zum Recht, der zufolge jedes Gesetz nicht rationale Prinzipien widerspiegelt, sondern Ergebnis eines stillen Abkommens der Generationen ist. In diesem Sinne besteht zwischen der

konservativen Begründung des britischen Konstitutionalismus und der Begründung der russischen Selbstherrschaft keinerlei Widerspruch: Das eine wie das andere entsprechen in vollem Maße der historischen Erfahrung dieser Länder (»Die Verfassung Russlands, das ist seine Geschichte«, wie es seinerzeit der russische Konservative Fjodor Tjutschew erschöpfend formuliert hat).

Dieses Antinormative des Konservatismus, seine skeptische Haltung gegenüber universalistischen Theorien (wie etwa dem Liberalismus oder dem Sozialismus), hatte ihn stets mit einer außergewöhnlichen Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an unterschiedliche nationale Kontexte ausgestattet. Der Konservatismus hat überall einen anderen Inhalt (weil er ja in jeder einzelnen Nation durch eine unwiederholbare Verbindung von Lebensformen bestimmt wird), wobei allerdings Gemeinsamkeiten durch die innere Logik des politischen Stils bestehen. Freiheit bedeutet für Konservative nichts anderes als das eigentliche Recht auf Unterschiedlichkeit, die Möglichkeit einer Nation, sich selbst und ihrer Geschichte treu zu bleiben. Dadurch fällt Freiheit völlig mit dem Begriff Souveränität zusammen, und alle Versuche, letztere aufgrund universeller Werte (etwa der Menschenrechte) einzuschränken, stellen eigentlich eine Beschränkung von Freiheit dar. Für den Konservatismus gehört die echte Freiheit dem sozialen Körper, während hingegen das Individuum in der Freiheit der Selbstbestimmung eingeschränkt ist. Das Individuum ist nicht frei, seine nationale Zugehörigkeit, sein Gender oder seine Klasse auszuwählen. Alles ist schon durch die Gesellschaft festgelegt, zu der es per Geburt gehört.

Es ist schwer zu erkennen, dass die Grundelemente des gegenwärtigen staatlichen Diskurses in Russland exakt diesen konservativen Einstellungen entsprechen: Kampf für Souveränität (echte Freiheit) gegenüber normativen Beschränkungen, die der Westen aufzwingt und Hoheit der historischen Gewohnheiten über die Buchstaben des Gesetzes (Putin ist als »nationaler Führer« wichtiger als die Institution präsidentieller Macht, wie sie in der Verfassung festgeschrieben ist). Aus konsequent konservativen Positionen heraus attackiert der russische Staat alle Versuche revolutionärer Veränderung und zieht dabei direkte historische Parallelen zwischen den Ereignissen von 1917 und den jüngsten »oranzen Revolutionen« im postsowjetischen Raum. Diese konservative Kritik unterstreicht zudem beharrlich, dass der doktrinaire Fanatismus der Revolutionäre, die Experimente an historisch gewachsenen Gesellschaften veranstalteten, in der Regel von außenpolitischen Konkurrenten zynisch zur Unterminierung der nationalen Souveränität genutzt werden. Die Bewahrung der echten Freiheit vor den Versuchungen einer falschen Freiheit wird nicht nur über den Kampf gegen revolutio-

näre Bedrohungen gewährleistet, sondern auch durch ständige Maßnahmen zur moralischen Disziplinierung (Einschränkung des Rechts auf Abtreibung, Kriminalisierung von Homosexualität usw.). Die Rhetorik des »Schutzes der Familienwerte«, die diese Maßnahmen begleitet, verweist direkt auf die konservative Metapher vom Staat und der Gesellschaft als große Familie, in der alle Mitglieder durch gegenseitige Verpflichtungen miteinander verbunden sind. Man könnte sagen, dass der moralische Diskurs in dieser Hinsicht ein universelles Merkmal neokonservativer Politik darstellt – im Amerika des Präsidenten Bush, wie in Putins Russland. Angesichts der sich verschärfenden tatsächlichen sozialen Spaltung wird so die Illusion einer Geschlossenheit geschaffen, einer »moralischen Mehrheit«, die angesichts äußerer Bedrohungen und des Egoismus der Minderheiten, die einen Schutz ihrer Bürgerrechte fordern, zusammensteht.

Der neoliberale Kurs, der in Russland seit Beginn der 2000er Jahre konsequent verfolgt wird, wurde als reine Rationalität präsentiert, frei von Ideologie und Politik. Die Reduzierung sozialer Garantien, die Einführung der »flachen« Einkommenssteuer, die liberale Reform der Arbeitsgesetzgebung oder die Kommerzialisierung des öffentlichen Sektors wurden von Argumenten einer technokratischen Regierung begleitet, die ausschließlich an den gesunden Menschenverstand appellierten und sich auf die »Erfahrung der entwickelten Länder« beriefen. Der Präsident als Figur, die die Geschlossenheit der Gesellschaft und die historische Sukzession ihrer Formen symbolisiert, distanzierte sich kontinuierlich von einer öffentlichen Verteidigung des neoliberalen Kurses und überließ dies der entpolitisierten Regierung. Man könnte sagen, dass eine solche Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Präsidenten und der Regierung jener konservativ-liberalen Symbiose entspricht, wie sie auch insgesamt durch das Regime in Russland repräsentiert wird. Bedeutsam ist, dass diese Symbiose frei von sichtbaren Widersprüchen besteht, indem sie neoliberale Rationalität und konservativen politischen Stil zu einem ideologischen Ganzen fügt. Wendy Brown vergleicht diese Einheit (in ihrer amerikanischen Version) mit den von Freud beschriebenen Traummechanismen, bei denen sich das in der Realität Unvereinbare dank der unbewussten Tätigkeit der Vorstellungskraft glücklich zusammenfügt. In dieser Interpretation ist der Neokonservatismus nicht nur ein rhetorischer Deckmantel für reale neoliberale Politik, sondern schafft vielmehr eine allgemeine ideologische Struktur. Prinzipiell wichtig ist auch, dass die inneren Widersprüche dieser Struktur nicht überwunden sind, sondern im »versöhnten« Zustand erhalten bleiben, dessen Besonderheiten auf konkrete historische Umstände zurückzuführen sind.

Konjunktureller oder Wertekonservatismus?

Eines der populärsten Motive der gegenwärtigen Stabilität in Russland ist das »Entstehen einer modernen Ordnung aus dem Chaos der 1990er Jahre«. Diesem Narrativ zufolge hat das Abweichen von der historischen Erfahrung zugunsten liberaler universalistischer Doktrinen unter Gorbatschow und Jelzin zu einer sozialen Katastrophe geführt, zu moralischem Verfall und zur realen Gefahr eines Verlustes der nationalen Souveränität. Die Erosion der staatlichen Macht wurde von den Oligarchen genutzt, die das Land in einen Raum durch nichts gebremsten Wettbewerbs um Macht und Ressourcen verwandelt haben. Das Erscheinen Putins hat diese gefährlichen Entwicklungen unterbrochen, indem die Unternehmer gründlich von der Macht ferngehalten wurden, eine Hierarchie privater und staatlicher Interessen errichtet und dem Land seine Würde wiedergegeben wurde. Die Putinsche Wiedergeburt geriet jedoch nicht zu einer schlichten Negierung der revolutionären Veränderungen der 1990er Jahre, sondern zur Synthese mit dem Gesamtbestand der bisherigen nationalen Geschichte. Sie summierte gleichsam »das Beste« aus den Zeiten des Russischen Reiches, der Sowjetunion und dem Russland unter Jelzin: Außenpolitische Macht und Größe sowie christliche Moral vereinigten sich mit einer festen Institution des Eigentums sowie mit Garantien, dass es keine Intervention in das Privatleben der Bürger geben werde. Man könnte sagen, dass diese Genealogie die politische Enteignung der beiden widerstreitenden Lager der Jelzinzeit beförderte, nämlich der prowestlichen Liberalen und der »patriotischen Opposition« (zu der die Stalinisten aus der Kommunistischen Partei wie auch reichstreue Nationalisten gehörten). Einerseits setzte der neue offizielle Konservatismus die Forderungen nach einer vom Westen unabhängigen Außenpolitik und nach einer Rehabilitierung der sowjetischen Vergangenheit als legitimen Teil der nationalen Geschichte um. Andererseits stärkte er die marktwirtschaftlichen Institutionen, die in den 1990er Jahren geschaffen wurden. In Bezug auf die letzteren trat dieser Konservatismus gleichsam als »Bonaparte« auf, indem er die sozialen Errungenschaften der Revolution durch eine Revision ihrer politischen Werte bewahrte. Seit Anfang der 2000er Jahre verzichtet ein beträchtlicher Teil der liberalen Eliten darauf, selbstständige politische Subjekte zu sein, und tritt bei der Umsetzung neoliberaler Reformen als Experten in Erscheinung oder integrierte sich unmittelbar in die staatliche Bürokratie. Das ist Strategie, die dem »liberalen Konservatismus« zugrunde lag, der eine Abkehr von den Prinzipien der liberalen Demokratie als notwendiges Opfer betrachtete, damit die marktwirtschaftliche Transformation des Landes unumkehrbar sei. Eine zentrale Rolle

spielte in diesem Falle das antirevolutionäre Element des Konservatismus, während die Rhetorik von historischer Größe und Moral eher als instrumentell und sekundär wahrgenommen wurde. Zur gleichen Zeit äußerten die ehemaligen Vertreter der »patriotischen Opposition« ständig die Hoffnung, dass Putin sich früher oder später von den Verpflichtungen gegenüber den aus der Jelzin-Ära hinterbliebenen liberalen Eliten frei macht und Kurs auf eine konsequente Umsetzung eines nationalistischen konservativen Programms nimmt.

Wenn sich dieser russische »liberale Konservatismus« als »situativ« bezeichnen lässt (um der bekannten Klassifizierung Samuel Huntingtons zu folgen), so ist ein zweiter Strang ein Wertekonservatismus. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Komponenten des offiziellen Konservatismus ist über die ganze Zeit des Putin-Regimes dynamisch gewesen. Wenn in den Zeiten wirtschaftlichen Wachstums und der erfolglosen Versuche, Russland in das System westlicher Hegemonie der 2000er Jahre zu integrieren, ein »situativer« Konservatismus dominierte, so ist der Beginn der dritten Amtszeit Putins 2012 und besonders der Anfang der Konfrontation mit dem Westen nach der Annexion der Krim im Frühjahr 2014 deutlich von einer rhetorischen Wende hin zu einem Wertekonservatismus gekennzeichnet. Was jedoch von Vertretern beider ideologischer Lager als konjunkturelle Schwankungen verbucht wurde, waren in Wirklichkeit Elemente einer geschlossenen ideologischen Struktur.

Bis 2012 war das Regime in Russland in eine politische Krise geraten, die von den Massenprotesten gegen die gefälschten Parlamentswahlen ausgelöst worden war. Die Antwort auf diese Krise bestand in einem heftigen rhetorischen Schwenk hin zu einem Wertekonservatismus: Der demokratische Protest wurde als ein von äußeren Kräften initiiert, der Aufruhr der hedonistischen Spitze der Mittelschicht gegen den [ethnisch] russischen »kulturellen Code« dargestellt, dessen Träger wiederum die patriotische schweigende Mehrheit sei. Deren politischer Ausdruck sei die Figur des nationalen Führers. Die Annexion der Krim bedeutete einen Höhepunkt des rhetorischen Wertekonservatismus: Die unbedingte Unterstützung für den außenpolitischen Kurs des Regimes wurde ultimativ einer patriotischen Bekräftigung der Zugehörigkeit zum Land und dem von ihm eingeschlagenen historischen Weg gleichgesetzt. Die Kulturkriege zwischen der schweigenden Mehrheit und der egoistischen Minderheit wurden praktisch zu einer der Frontlinien der militärischen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen erklärt. Diese Haltung kam beispielsweise äußerst deutlich in der berühmten Rede Wladimir Putins vom 18. März 2014 zum Vorschein, in

der Kritiker der Krim-Annexion als »Nationalverräter« bezeichnet wurden.

Die konservative politische Wende fiel mit dem Beginn einer wirtschaftlichen Stagnation zusammen, die auf die Entwicklungsgrenzen des gesamten Sozialmodells des postsowjetischen Kapitalismus zurückzuführen ist. Die Antwort auf die strukturbedingte Wirtschaftskrise, die durch die gefallenen Ölpreise und die westlichen Sanktionen noch verschärft wurde, bestand darin, dass die Regierung Kurs auf eine drastische Kürzung der Sozialausgaben nahm. Die Grundzüge des wirtschaftspolitischen Kurses der Regierung deckten sich vielfach mit »strengen Sparmaßnahmen«, wie sie im Rahmen der Europäischen Union praktiziert wurden, und waren dabei eine weitaus härtere Variante derselben. Die konservative Rhetorik, die praktisch alle sozialen Proteste als antipatriotische Akte kriminalisierte, die den äußeren Feinden in die Hände spielen würden, legitimierte diese russische Variante »strenger Sparmaßnahmen«.

Die Entwicklungsphase des russischen Regimes, die 2012–2014 eingeläutet wurde, ist durch eine gleichzeitige Radikalisierung beider Komponenten der ideologischen Symbiose gekennzeichnet, der neoliberalen und der konservativen. Dabei nimmt diese widersprüchliche Einheit eine immer stärker ganzheitliche Gestalt an, in der die Sprache des Wertekonservatismus zu einem organischen Ausdruck des neoliberalen Inhalts wird. So wird die bedingungslose Souveränität Russlands und die dadurch bedingte moralische und politische Geschlossenheit der Gesellschaft als unabdingbare Voraussetzung für die Konfrontation im internationalen Wettbewerb und im Kampf um die Ressourcen dargestellt. Dieser Kampf erscheint als organische Fortsetzung der Gesetze des Wettbewerbs unter Individuen. Die konservative Skepsis gegenüber Doktrinen, die die Souveränität im Namen universeller Werte beschränken würde, wandelt sich zum Verdacht, dass alle Werte, die über den Rahmen privater Interessen hinausgehen, Heuchelei sind. Auf paradoxe Weise füllt diese Logik des Wettbewerbs die konservativen Formeln, die auf die Priorität des Allgemeinen vor dem Persönlichen abheben, mit Inhalt. Als typisches Beispiel dieser Performanz des konservativen Diskurses kann die jüngst erfolgte Äußerung Wladimir Putins dienen, der zufolge beim [ethnisch] russischen »Volk gleichwohl ein Element des Kollektivismus sehr stark im Herzen, in der Seele präsent ist«, und diese Fähigkeit »im Kollektiv zu arbeiten« »wird heute zu einem der Wettbewerbsvorteile«.

Die oben geschilderte Radikalisierung sowohl des neoliberalen Kurses wie auch der ihn begleitenden Rhe-

torik ist zweifellos ein Beleg für die allgemeine, sich hinziehende Krise des Regimes. Die weitere Entwicklung wird unweigerlich zu Brüchen in der herrschenden ideologischen Hegemonie führen. Diese Einbrüche der Realität in die illusorische Geschlossenheit des Traums (um zur Metapher von Wendy Brown zurückzukehren) werden wohl aufgrund der Notwendigkeit zu immer radikaleren neoliberalen Reformen erfolgen, die immer stärker antisozialer Natur sein werden. Jüngste Bestätigung dieses Prozesses ist der Entwurf für eine Rentenreform, der am 16. Juni von der Regierung vorgelegt wurde. Die Reform sieht eine drastische Erhöhung des Renteneintrittsalters vor (um fünf Jahre für Männer und um acht Jahre für Frauen), und hat bereits für eine negative Reaktion von Seiten der Gewerkschaften und der parlamentarischen Opposition gesorgt. Es ist bezeichnend, dass diese eindeutig neoliberale Maßnahme sich nicht im Wahlkampf Wladimir Putins für die Präsidentschaftswahlen im März widerspiegelt hatte. Die Argumente der Regierungsexperten und der staatlichen Medien zugunsten der Reform entsprechen auf das Genaueste dem neoliberalen Diskurs des »Sich-um-sich-selbst-Kümmerns« und der persönlichen Verantwortung für die Zukunft, die nicht auf den Staat übertragen werden sollte.

Schlussfolgerungen

Gegenwärtig ist eine Symbiose aus Neoliberalismus und Konservatismus zur vorherrschenden Sprache des politischen Regimes in Russland geworden. Allerdings bergen die Widersprüche zwischen den beiden Komponenten dieser Sprache eine ständige verdeckte Gefahr für dessen Ganzheitlichkeit. Bezeichnend ist, dass der Einsatz einer konservativen Rhetorik von oben nicht dazu geführt hat, dass konservative Grassroots-Bewegungen entstanden, die als zuverlässige Stütze dienen würden. Der Konservatismus in Russland, der an die verlorene Einheit der Gesellschaft appelliert, ist nicht in der Lage, eine breite soziale Koalition zu bilden, die organisch die Unterstützung für moralische Werte, für den außenpolitischen Kurs des Präsidenten und – beispielsweise – die Anhebung des Rentenalters und die Privatisierung der Medizin in sich vereinen würde (wie das seinerzeit den amerikanischen Neokonservativen gelang). Gleichwohl erweist sich die in Russland bestehende spezifische postsowjetische neoliberal-konservative Symbiose bisher in der Lage, recht erfolgreich eine ideologische Hegemonie der herrschenden Elite sicherzustellen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Ilya Budraitskis ist unabhängiger Wissenschaftler, Experte für politische Theorien und Dozent der Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (auch »Schaninka« genannt) sowie Redaktionsmitglied der »Moskauer Kunstzeitschrift« und des Portals »Left East Project« (<http://www.criticatac.ro/lefteast/>). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören politische Theorie, Geschichtstheorie und Geistesgeschichte.

Lesetipps

- Wendy, Brown: American Nightmare: Neoliberalism, Neoconservatism, and De-Democratization, in: Political Theory, 34.2006, Nr. 6/Dez., S. 690–714.
- Budraitskis, Ilya: Order in Disorder. Radical Philosophy, Februar 2018; <<https://www.radicalphilosophy.com/article/order-in-disorder>>.
- Stuart, Hall: The Great Moving Right Show, in: Marxism Today, Januar 1979, S. 14–20; <http://banmarchive.org.uk/collections/mt/pdf/79_01_hall.pdf>.
- Huntington, Samuel P.: Conservatism as an ideology, in: The American Political Science Review, 51.1957, Nr. 2 S. 454–473.
- Prozorov, Sergei: Russian conservatism in the Putin presidency: The dispersion of a hegemonic discourse. [=DIIS Working Paper 2004/20], Kopenhagen, 2004; <<https://pdfs.semanticscholar.org/4946/94814a1ed8d1c3a95dff17cc1c5c0de6dad1.pdf>>.
- Scruton, Roger: The meaning of conservatism, South Bend, *St. Augustine's Press*, 2000.

UMFRAGE

Geschichte und Erinnerungskultur

Tabelle 1: Welche historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts erachten Sie als die für unser Land wichtigsten? (% , Mehrfachantworten)

	1989	2017
Den Großen Vaterländischen Krieg [1941–1945]	73	77
Die Oktoberrevolution 1917	62	36
Den Tod Stalins	47	5
Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl	36	25
Juri Gagarins Reise ins All	33	58
Die Repressionen der 30er Jahre	31	15
Den Beginn der Perestroika	24	6
Den erste Volksdeputiertenkongress	18	1
Den Bürgerkrieg (1917/1918 – 1922/1923)	11	13
Die Zwangskollektivierung	11	8
Den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan	11	8
Den 20. Parteitag der KPdSU	9	3
Den Erste Weltkrieg	8	15

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Welche historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts erachten Sie als die für unser Land wichtigsten? (% , Mehrfachantworten)

	1989	2017
Die Februar-Revolution 1917	7	3
Den erste Fünfjahresplan	7	6
Die Zerstörung der Christi-Erlöser-Kathedrale	7	4
Die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NEP)	6	2
Den Beitritt der baltischen Staaten, Republik Moldau, Westukraine und Belarus zur UdSSR	5	8
Die Stolypinsche Agrarreform	3	7
Die Kooperation der sozialistischen Staaten in Europa	3	4
Die Niederlage Russlands im Russisch-Japanischen Krieg (1904–1905)	2	3
Die Ermordung der Zarenfamilie	2	13
Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau in 1957	2	2
Die Revolution 1905	-	6
Die Einberufung der ersten Staatsduma im Kaiserreich Russland	-	2
Den Russisch-Schwedischen Krieg	-	4
Den Bau von Nuklearwaffen	-	17
Den Start des ersten künstlichen Erdsatelliten	-	15
Die Olympische Sommerspiele 1980 in Moskau	-	16
Den Augustputsch in Moskau	-	7
Den Zerfall der Sowjetunion	-	44
Die russische Verfassungskrise 1993	-	4
Den erste Tschetschenienkrieg	-	9
Die Finanzkrise 1998	-	8
Die Sprengstoffanschläge auf Wohnhäuser in Moskau und Wolgodonsk in 1999	-	4
Die Machtübernahme Putins	-	28
Schwer zu beantworten	4	5
Anzahl der Respondenten	1.500	1.600

Quelle: Lewada Zentrum, *Russian Public Opinion – 2017*, S. 26, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/05/2017Eng.pdf>>

Tabelle 2: Welche historischen Ereignisse in der Geschichte unseres Landes erfüllen Sie mit Stolz? (%; Mehrfachantworten möglich)

	März 1999	August 2008	Oktober 2012	Mai 2015	Januar 2017
Der Aufstieg in sowjetischen Zeiten zu einer der führenden industriellen Mächte der Welt	42	37	32	36	35
Der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg von 1941–1945	86	89	82	85	83
Die führende Rolle in der Weltraumerforschung	60	61	45	42	41
Das progressive Staatssystem, die sowjetische klassenlose Gesellschaft	14	9	10	12	9
Die Tugenden der Russen – Bescheidenheit, Geduld	45	35	32	27	23
Große russische Entdecker	33	28	26	21	19
Militärischer Ruhm Russlands	35	37	31	25	26
Der Kampf gegen die mongolische Invasion der Rus, die Bewahrung Europas vor einer Invasion aus dem Osten	22	21	17	13	14
Die Askese russischer Heiliger	10	13	11	11	7
Leistungen der russischen Wissenschaft	52	46	35	30	32
Große russische Literatur	46	49	35	37	36
Der russische freie Geist, die Freiheitsliebe	12	13	12	12	10
Moralische Autorität der russischen Intelligenzija	12	11	10	10	7
Perestrojka, Beginn der Markttransformation	2	7	5	3	4
Wirtschaftlicher Wachstum unter Putin	–*	32	13	20	18
Anschluss der Krim an Russland	–*	–*	–*	–*	43
Nichts dergleichen macht mich besonders stolz	3	1	3	1	2
Schwer zu beantworten	3	2	3	3	3
Anzahl der Respondenten	2.000	1.500	2.000	1.600	1.600

* Als Antwortmöglichkeit nicht aufgeführt

Quelle: Lewada Zentrum, *Russian Public Opinion – 2017*, S. 29, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/05/2017Eng.pdf>>

Tabelle 3: Welche historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts erfüllen Sie mit Scham, was bedauern Sie? (%; Mehrfachantworten möglich)

	März 1999	August 2008	Oktober 2012	August 2015	Januar 2017
Wir sind ein großartiges Volk, ein reiches Land, welches stets in Armut und Elend lebt	79	69	56	56	54
Chronischer Rückstand gegenüber dem Westen	31	22	25	20	20
Rüdes Benehmen, Flegelhaftigkeit und fehlender Respekt im Umgang miteinander	45	49	35	31	24
Begierde unser System anderen Ländern und Völker aufzuzwingen	15	8	6	5	4
Die Altlast der Leibeigenschaft, Sklavenmentalität, Tradition der Zwangsarbeit	17	19	12	10	8
Unsere Stagnation, Trägheit und Faulheit	24	27	18	20	14
Engstirnige, inkompetente, eigeninteressierte Behörden	28	20	12	12	11
Zerfall der UdSSR	48	38	32	28	33
Russlands militärische Niederlagen	16	11	8	4	5
Nationale Arroganz	7	7	5	3	3
Repressionen, Terror, Deportation von Völkern in den 1920er–50er Jahren	34	35	25	25	22
Verfolgung der Kirche	21	27	16	12	11
Folgen der Perestroika	-	-	16	17	18
Putins Machtübernahme	-	-	5	1	3
Nichts erfüllt mich besonders mit Scham	1	3	9	6	8
Schwer zu sagen	5	5	6	4	5
Anzahl der Respondenten	2.000	1.500	2.000	1.600	1.600

Quelle: Lewada Zentrum, *Russian Public Opinion – 2017*, S. 29, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/05/2017Eng.pdf>>

»Krieg bedeutet vor allem Opfer«

Alexander Gorbatschow (Meduza)

Das folgende Interview erschien ursprünglich am 09.05.2018 in der Onlinezeitschrift Meduza und wurde von dekodeur ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeur

Am 22. Juni 1941 überfiel NS-Deutschland die Sowjetunion. Der Historiker Alexander Etkind spricht im Interview über die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg, den sowjetischen Sieg und über die Doppelrolle Stalins. Und er sagt, warum er es heute so wichtig findet, sich daran zu erinnern, dass der Kalte Krieg nie gänzlich eskaliert ist.

Alexander Gorbatschow: Sie haben eingehend die Erinnerung an die Stalinschen Repressionen erforscht und auch, wie der Schmerz und die Trauer um die Opfer des Gulag in der heutigen Kultur weiterleben. Die Erinnerung an den Krieg überschneidet sich gewissermaßen mit dieser anderen Erinnerung – zumindest chronologisch und im Schicksal tausender Menschen, die sowohl im Lager als auch im Krieg waren.

Alexander Etkind: Dieses Phänomen ist komplizierter, als es scheint. Es ist klar, dass sich die beiden Geschichten überschneiden haben: Mitunter haben Menschen im Gulag gesessen, dann an den Fronten des Zweiten Weltkriegs gekämpft, und sind schließlich wieder ins Lager gewandert. Oder die Überschneidung fand sich innerhalb der Familie: väterlicherseits saßen sie, mütterlicherseits waren sie an der Front – und allen soll gedacht werden.

In der Kultur und im historischen Gedächtnis stehen diese Themen jedoch getrennt, wie zwei Kontinente, die sich zudem weiter voneinander entfernen. Und das, denke ich, ist ein Problem.

Wie ist es dazu gekommen?

Die Gründe hierfür sind wie immer politischer Art. Die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg ist das Einzige, worauf die offizielle Historiographie zur Sowjetära weiterhin stolz ist. Dabei gibt es im Grunde nichts, worauf man stolz sein sollte. Nun, ja, der Krieg war siegreich, obwohl das nur so kam, weil der Krieg ein Weltkrieg war, und nicht nur ein Vaterländischer. Das heißt, alle Opfer, auch die sinnlosen, waren gerechtfertigt, denn am Ende stand der Sieg.

Der Gulag, das waren nur sinnlose Opfer und keinerlei Siege, es gibt kein Mittel, hierfür eine Rechtfertigung oder Sühne zu finden. Und deshalb sind diese beiden Erinnerungsräume voneinander getrennt.

Was meinen Sie, erfolgt das aufgrund einer zielgerichteten Tätigkeit des Staates, der diese beiden Räume gleichsam getrennt hält, oder kommen da dezentere, natürlichere gesellschaftliche Mechanismen zum Tragen?

Ich glaube allgemein nicht an schöpferische Fähigkeiten des Staates. Der Staat ist in der Regel geistlos, dumm und verschwenderisch. Natürlich gibt es dort auch Leute, die man heute als *creatives* bezeichnen würde, die staatliche Förderungen erhalten und versuchen, die kreativen Kräfte der Bevölkerung irgendwie zu steuern, doch diese Gelder laufen in der Regel ins Leere oder richten Schaden an.

Und wenn ich mir überlege, was wir jetzt beobachten können... Zum Beispiel die Ausstellung *Russland – meine Geschichte*. Die Ergebnisse sind mehr als jämmerlich. Deswegen glaube ich nicht an den Begriff »Geschichtspolitik«.

Es kommt nicht auf den Staat an, sondern auf das Bemühen von Einzelpersonen mit unterschiedlichen Berufen und Bestrebungen – Historiker, Schriftsteller, Filmregisseure, Museumsmitarbeiter oder einfach Enthusiasten. Diese Menschen schaffen im Dialog miteinander, durch gemeinsame Anstrengungen, einen Sinnzusammenhang, den wir rückwirkend »historisches Gedächtnis« nennen.

Wir sagen, dass voneinander losgelöst zwei Typen der Erinnerung existieren. Und doch gibt es eine Figur, durch die diese beiden Typen miteinander verbunden sind, nämlich die Figur Stalins. Und es scheint mir, dass immer dann die Funken fliegen, wenn diese beiden Rollen Stalins gleichsam aufeinanderprallen: die des Oberkommandierenden und die des Organisators der Massenmorde.

Chruschtschow hat seinerzeit den Begriff »Personenkult« eingeführt. Zum damaligen Zeitpunkt passte der, aber es ist längst an der Zeit, ihn zu überdenken. Es geht hier nämlich um einen Staatskult.

Es gibt Leute und ganze politische Gruppierungen, für die es wichtig ist, den Glauben an die machtvollen und lebensstiftende Rolle des Staates zu befördern. Dieser Staat manifestiert sich in der Führerfigur.

Stalin ist die ideale Verkörperung dieses Kultes, weil er so viel Macht hatte, entschlossen und grausam war und militärische Siege errang. Und – so merkwürdig das erscheinen mag – weil er ein Fremdstämmiger war.

In der russischen Tradition fügt sich dieser Umstand in den Kult vom Staat als einer fremden, mystischen Kraft, die von irgendwoher aus anderen Ländern kommt, für Ordnung sorgt und Siege bringt.

Das heißt, Stalin ist nicht an sich wichtig, sondern als Schnittpunkt dieser Parameter?

Genau, als Verkörperung der Ideale russischer Staatsgläubiger. Als oberster Führer, dem alles Gute zugeschrieben wird, der aber in keinsten Weise für das Schlechte verantwortlich ist. Eine solche Figur wird natürlich auch jetzt im Massenbewusstsein konstruiert, auch wenn diese Figur kein Stalin ist.

Der Krieg ist vor 73 Jahren zu Ende gegangen. Gleichwohl bleibt er weiterhin das zentrale Ereignis in der neueren Geschichte Russlands – sowohl für den Staat als auch, so wie es aussieht, für die Gesellschaft. Zumindest ist der Tag des Sieges von allen historischen Feiertagen eindeutig derjenige, der die Massen berührt, der am stärksten sakralisiert ist, und verbindet.

Wissen Sie, der Feiertag in Russland, der die Menschen am stärksten verbindet, das ist Neujahr. Und warum Neujahr? Weil das kein religiöser Feiertag ist, sondern, grob gesagt, ein astronomischer, oder noch einfacher: ein recht sinnfreier. Da wird kein Geburtstag begangen, kein Todestag; das ist ein Ritual, zu dem sich die Menschen leicht vereinigen lassen.

Auch der Tag des Sieges ist so ein Ereignis. Es ist bezeichnend, dass es ausgerechnet der Tag des Sieges ist, nicht der Tag des Kriegsbeginns, nicht der Gedenktag für die Kriegsoffer.

Das heißt: So, wie die Rituale des Tages des Sieges gestaltet sind, ist das Trauma zwar da, doch betont wird hauptsächlich das Triumphierende. Wie korreliert das damit, dass der Krieg für die meisten seiner Teilnehmer vor allem Schmerz bedeutete?

Krieg, das bedeutet vor allem Opfer. Um des Sieges willen werden Opfer gebracht. Ein Mensch, der im Krieg kämpft und an die Ziele des Krieges glaubt, geht davon aus, dass die Opfer einen Sinn hatten, dass sie gerechtfertigt und richtig waren. Und er feiert dann dieses Gerechtfertigtsein.

Hätte sich in Russland auch ein anderer verbindender Feiertag ergeben können? Oder war es unausweichlich, dass gerade der Sieg zum bestimmenden, sakralen Ereignis der neueren Geschichte wird?

Ich denke, es gibt Dinge, auf die das postsowjetische Russland stolz sein kann. So kann man zum Beispiel auf die Ereignisse von 1991 stolz sein, auf den unblutigen Zerfall eines Riesenreiches. In Russland ist oft die Ansicht zu hören, dass der Zerfall des Imperiums eine Tragödie war, ein Verbrechen, eine Katastrophe. Gut: Wenn es eine Katastrophe war, dann führt einen Gedenktag zu Ehren des verlorenen Sowjetstaates ein und gedenkt seiner feierlich. Aber das passiert nicht.

Es werden Reden gehalten, Ausstellungen organisiert, doch daraus entwickelt sich kein Ritual. Und ich denke, das hat einen Grund: Die Menschen empfinden keine Trauer um die verlorene Sowjetunion. Sie trauern um Verwandte und Vorfahren, die zu Sowjetzeiten ums Leben kamen, das waren viele Millionen. Die Menschen empfinden Schuld und Befremden – darüber, wie das alles geschehen, wie es dazu kommen konnte. Warum und wozu?

Es gibt die Geschichte zweier totalitärer Staaten, die, verwickelt in ein diplomatisches Spiel, einen Krieg begannen. Ihre irrsinnigen Staatsführer schmiedeten politische Bündnisse und kündigten sie wieder auf, wechselten innerhalb weniger Jahre mehrmals Allianzen. All das endete in einer globalen Katastrophe; letztendlich errang eine der Seiten den Sieg.

Aber auch das Bündnis, das um des Sieges willen entstanden war, zerfiel sofort wieder, und es begann ein weiterer Krieg, Gott sei Dank ein kalter. Dessen relativ unblutiger Charakter ist wohl auch etwas, worauf man heute stolz sein kann: Trotz bergeweise rostiger Waffen ist es nicht zur Explosion gekommen, wurde nicht aus Versehen ein Krieg ausgelöst. Das erforderte riesige Anstrengungen, mitunter auch Heldentaten Einzelner.

Stolz sollte man nicht darauf sein, dass etwas in die Luft gegangen ist und Tod gebracht hat, sondern umgekehrt auf das, was man geschafft hat zu verhindern.

Meinen Sie, dass es Mechanismen gibt, die es ermöglichen, etwas kollektiv zu erfahren und zu erleben, was gar nicht gewesen ist?

Gute Frage. Natürlich ist das schwer: Wie ließe sich dazu eine Ausstellung machen oder eine Parade abhalten? Die Leistungen der namenlosen Offiziere oder Beamten, die die Katastrophe abwendeten, bleiben vergessen. Wir kennen in der Regel nicht einmal ihre Namen. Oder wir erfahren nur aus purem Zufall von jemandem, der sich entschied, eine Rakete mit Atombomben nicht loszuschicken, obwohl er etwas dabei riskierte [lesen Sie hier die Geschichte von Stanislaw Petrow: <https://www.dekoder.org/de/article/petrow-kalter-krieg-atomkrieg-verhindert>] – Anm. d. Red.].

Man sagt, so sei die Erinnerung strukturiert. Aber wessen Erinnerung ist es, die so strukturiert ist? Ich denke, es ist die Erinnerung des Staates, die so funktioniert, dass sie den Menschen ihren eigenen, staatlichen Hierarchien fol-

gend einen Platz zuweist, ihnen Ränge und Posten verleiht, Museen einrichtet und Ehrentafeln schafft. Und durch dieses Verhalten des Staates bleiben die wirklichen Helden oft ohne Gedenken.

Der Staat hat kürzlich die Aktion *Das Unsterbliche Regiment* im Grunde genommen vereinnahmt...

Ja, die Initiative wurde vom Staat vereinnahmt und wird nun für dessen Zwecke instrumentalisiert. Das muss jedoch nicht immer schlecht sein.

Man muss von Fall zu Fall den eigenen Verstand einschalten, man kann keine generelle Strategie verkünden. Ich kann nichts Schlimmes daran erkennen, dass die Aktion *Das unsterbliche Regiment* eingesetzt wurde, um ein staatliches Ritual zu etablieren. Ja, mehr noch: Ich würde mich freuen, wenn beispielsweise die Aktion *Die unsterbliche Baracke* ebenfalls vom Staat aufgegriffen und Teil eines bewussten, durchdachten staatlichen Rituals würde.

Was denken Sie, hat die konsequente Sakralisierung des Großen Vaterländischen Krieges in irgendeiner Art Einfluss auf die Haltung zu heutigen Kriegen? Nutzt der Staat den Sieg von damals zur Legitimierung heutiger Konflikte?

Die Kriege heute haben natürlich einen anderen Charakter. Der Gesellschaft ist das aber nicht ganz so bewusst. Und wenn man aus irgendeinem unglücklichen Zufall dann doch den Fernseher einschaltet, stellt man fest, dass sehr viel von dem, was dort zu hören ist, entweder ein direkter Kriegsaufruf ist (was ja übrigens eine Straftat darstellt), oder – das ist eher die dezentere Form – die Furcht vor einem Krieg abschwächen, die Empfindsamkeit für dieses Thema senken soll.

In der Psychologie gibt es den Begriff der »Desensibilisierung«, der meiner Ansicht nach hier zutreffend ist: Er beschreibt eine zielgerichtete Verringerung von Empfindsamkeit. Und so etwas wird zweifellos auch erreicht, indem man einem siegreichen Krieg huldigt, der vor sehr vielen Jahren stattfand.

Wie stellt sich das aus Ihrer Sicht dar: Wohin kann die derzeitige verstärkte Kontrolle des Kriegsgedenkens führen? Bis hin zu Strafverfahren wegen »Entstellung der Geschichte« oder wegen Hakenkreuzen in Videos aus den Archiven? Welche Ergebnisse wird es geben?

Ich denke, gar keine. Diese Versuche werden nicht weit führen. Wenn man von der Zukunft spricht, muss man sich bemühen, sich auf minimale, aber relevante Voraussagen zu beschränken, und die allgemeinen tektonischen Verschiebungen in den Blick zu nehmen. Die können nämlich – im Unterschied zu einzelnen Ereignissen – vorausgesagt werden.

Eine solche Verschiebung stellt meines Erachtens jene Desensibilisierung dar, von der die Rede war; die verringerte Sensibilität gegenüber Gewalt, Krieg, Verhaftungen, Folter, Leiden und dem Tod als solchen. Das ist eine tektonische Verschiebung, die von Krieg kündigt, ihn vorbereitet. Natürlich bedeutet das nicht, dass der Krieg tatsächlich eintreten wird. Es ist aber eine schwerwiegende Verschiebung. Und es ist eine Bewegung, die nur schwer zu stoppen ist.

Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von Hartmut Schröder

Über Alexander Etkind

Alexander Etkind (geb. 1955) ist ein russischer Historiker, der seit 2013 als Professor für Geschichte russisch-europäischer Beziehungen am European University Institute in Florenz arbeitet. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Kolonisation Russlands, russische Protestbewegungen sowie Erinnerungskulturen in Osteuropa. Von 2010 bis 2013 leitete er das internationale Forschungsprojekt »Memory at War: Cultural Dynamics in Poland, Russia, and Ukraine«.

Über den Autor

Alexander Gorbatschow ist ein russischer Musikjournalist, der seit 2005 Kolumnist für das Onlineportal »Afisha« ist. In den Jahren 2010 bis 2012 wurde er für seine Kolumne dreimal in Folge mit dem Musikpreis »Stepnoj Wolk« ausgezeichnet. Seit 2016 ist er außerdem als Sonderkorrespondent beim Exilmedium »Meduza« tätig.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Interviews ist online verfügbar unter <https://meduza.io/feature/2018/05/09/geroyami-byli-nemnogie-kogo-nazyvali-po-imeni-zhertvami-anonimnye-soldaty>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekode unter <https://www.dekode.org/de/article/krieg-erinnerung-etkind-aufarbeitung>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekode.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekode, Meduza und Alexander Gorbatschow für die Erlaubnis zum Nachdruck.

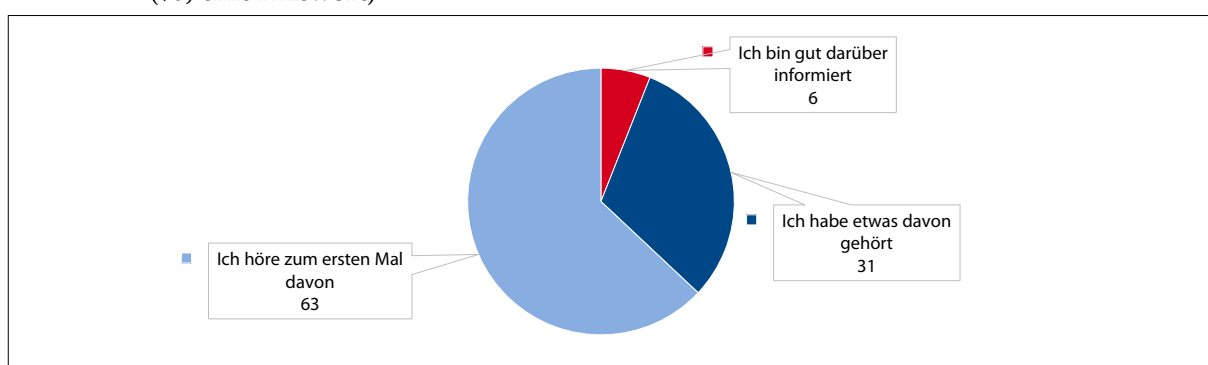
Die Redaktion der Russland-Analysen

UMFRAGE

Der Hungerstreik von Oleg Senzow

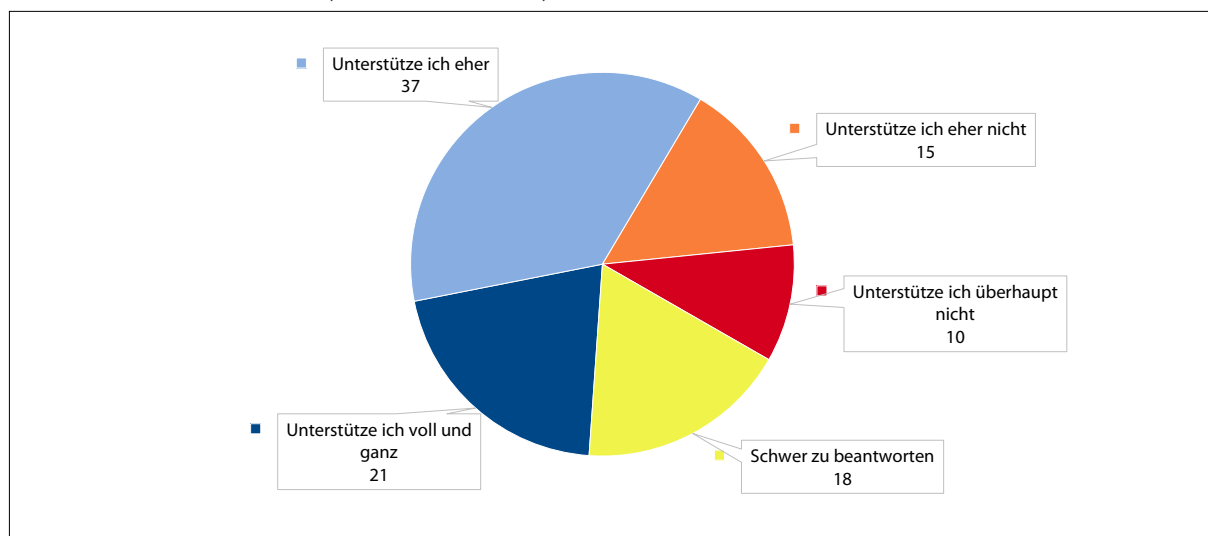
Oleg Senzow ist ukrainischer Filmemacher und politischer Gefangener, der sich seit dem 11. Mai 2014 unter dem Vorwurf der Planung von Terroranschlägen auf der Krim in russischer Haft befindet. Am 14. Mai 2018 ist er in einen unbefristeten Hungerstreik getreten und fordert die Freilassung aller in Russland inhaftierten ukrainischen politischen Gefangenen. Mehr Informationen und eine Chronik der Ereignisse finden Sie in den Russland-Analysen 357, S. 19 <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen357.pdf>>.

Grafik 1: Haben Sie vom Hungerstreik des ukrainischen Filmemachers Oleg Senzow gehört, der die Freilassung aller ukrainischen politischen Gefangenen in Russland fordert? (%; eine Antwort)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 22.–26. Juni 2018, <<https://www.levada.ru/2018/06/28/sentsov/>>, veröffentlicht am 28. Juni 2018

Grafik 2: Unterstützen Sie den Austausch von politischen Gefangenen zwischen Russland und der Ukraine? (%; eine Antwort)



Anm.: Aufgrund von Rundungsdifferenzen weicht die aufaddierte Zahl der Respondenten von 100 % ab

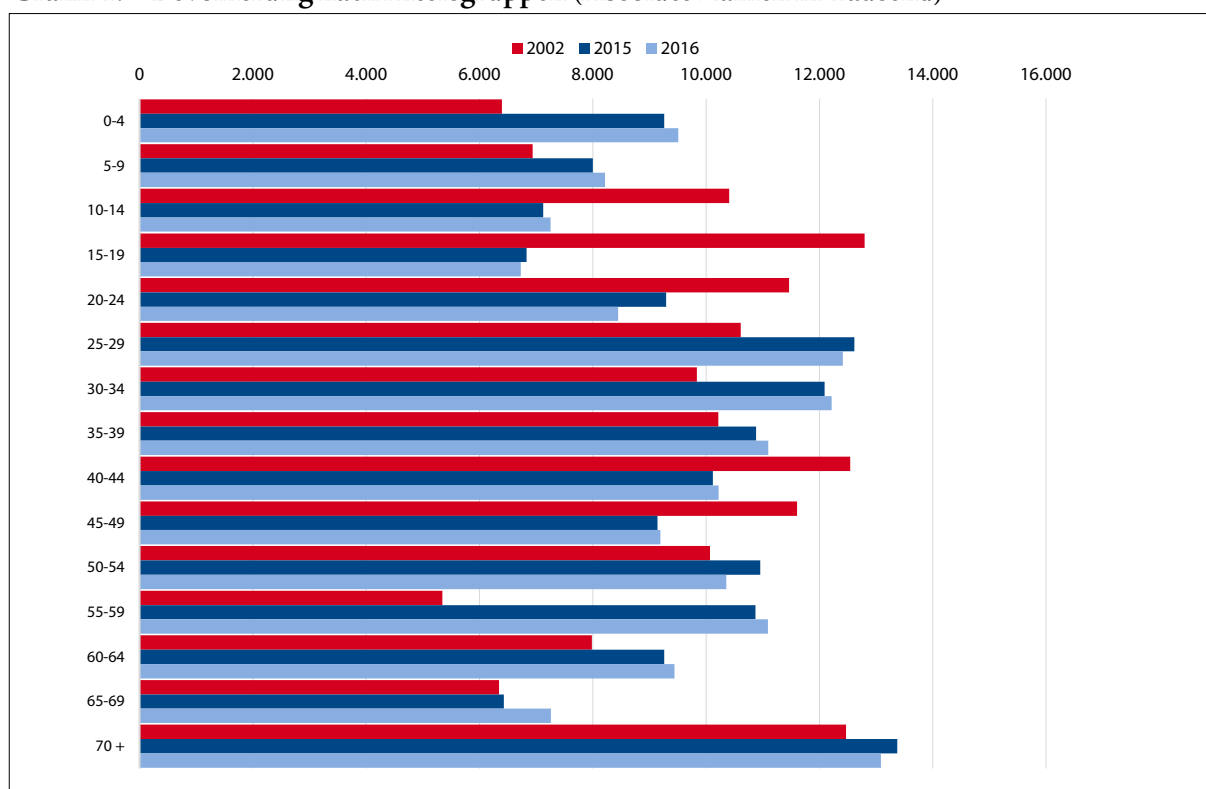
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 22.–26. Juni 2018, <<https://www.levada.ru/2018/06/28/sentsov/>>, veröffentlicht am 28. Juni 2018

STATISTIK

Die Rentenreform

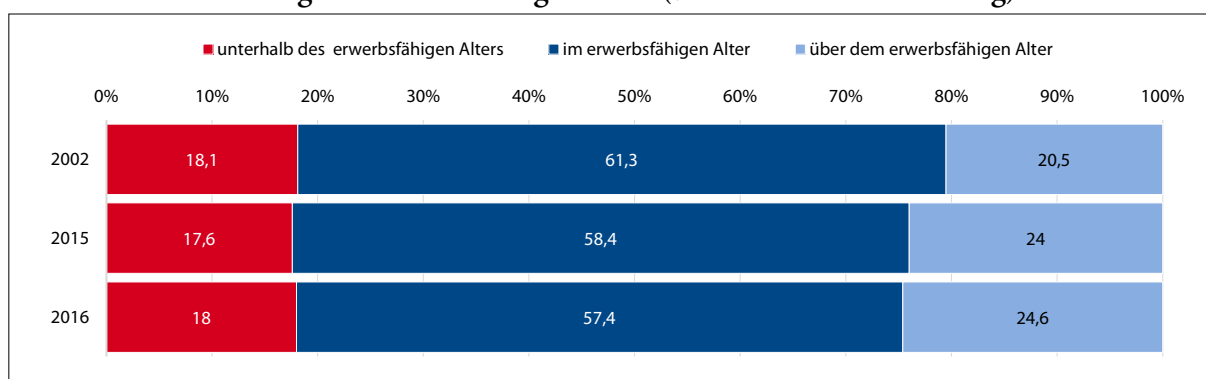
Am 14. Juni 2018 verkündete die russische Regierung die Anhebung des Renteneintrittsalters um acht Jahre für Frauen und um fünf Jahre für Männer. In zahlreichen Städten haben am 1. Juli 2018 Proteste, organisiert durch eine breite Koalition unterschiedlicher politischer Lager, stattgefunden. Den Kommentar von Martin Brand zur Verabschiedung des Gesetzes können Sie in den Russland-Analysen 357, S. 16 <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen357.pdf>> nachlesen.

Grafik 1: Bevölkerung nach Altersgruppen (Absolute Zahlen in Tausend)



Quelle: Russian Federation Statistics Service (Rosstat), Russia in Figures 2017, <http://www.gks.ru/bgd/regl/b17_12/IssWWW.exe/stg/d01/05-02.doc>

Grafik 2: Bevölkerung nach erwerbsfähigem Alter (% der Gesamtbevölkerung)



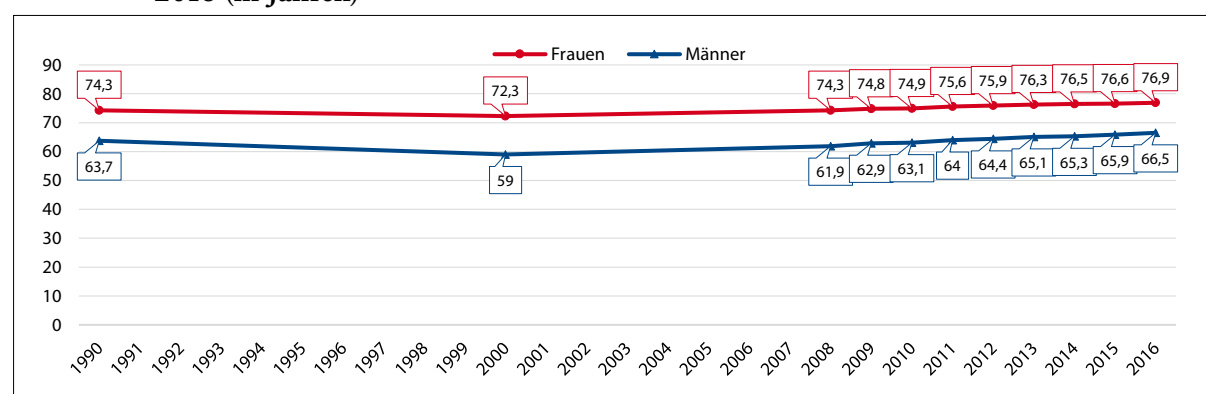
Quelle: Russian Federation Statistics Service (Rosstat), Russia in Figures 2017, <http://www.gks.ru/bgd/regl/b17_12/IssWWW.exe/stg/d01/05-02.doc>

Tabelle 1: Bevölkerung nach Altersgruppen

	Absolute Zahlen in Tausend			Anteil an Gesamtbevölkerung (in %)		
	2002	2015	2016	2002	2015	2016
Gesamtbevölkerung	145.167	146.267	146.545	100,0	100,0	100,0
0–4	6.399	9.262	9.512	4,4	6,3	6,5
5–9	6.941	8.004	8.218	4,8	5,5	5,6
10–14	10.407	7.126	7.254	7,2	4,9	4,9
15–19	12.800	6.829	6.731	8,8	4,7	4,6
20–24	11.466	9.293	8.445	7,9	6,4	5,8
25–29	10.613	12.620	12.412	7,3	8,6	8,4
30–34	9.835	12.092	12.219	6,8	8,3	8,3
35–39	10.217	10.884	11.098	7,0	7,4	7,6
40–44	12.547	10.122	10.220	8,6	6,9	7,0
45–49	11.606	9.140	9.193	8,0	6,3	6,3
50–54	10.072	10.957	10.356	6,9	7,5	7,1
55–59	5.347	10.873	11.093	3,7	7,4	7,6
60–64	7.983	9.260	9.445	5,5	6,3	6,4
65–69	6.345	6.428	7.263	4,4	4,4	5,0
70 +	12.469	13.377	13.086	8,6	9,1	8,9
Alter nicht angegeben	120	-	-	0,1	-	-
Bevölkerung ...						
unterhalb des erwerbsfähigen Alters	26.327	25.689	26.360	18,1	17,6	18,0
im erwerbsfähigen Alter	88.942	85.415	84.199	61,3	58,4	57,4
über dem erwerbsfähigen Alter	29.778	35.163	35.986	20,5	24,0	24,6

Quelle: Russian Federation Statistics Service (Rosstat), *Russia in Figures 2017*, <http://www.gks.ru/bgd/regl/b17_12/IssWWW.exe/stg/d01/05-02.doc>

Grafik 3: Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt von Frauen und Männern 1990 – 2016 (in Jahren)

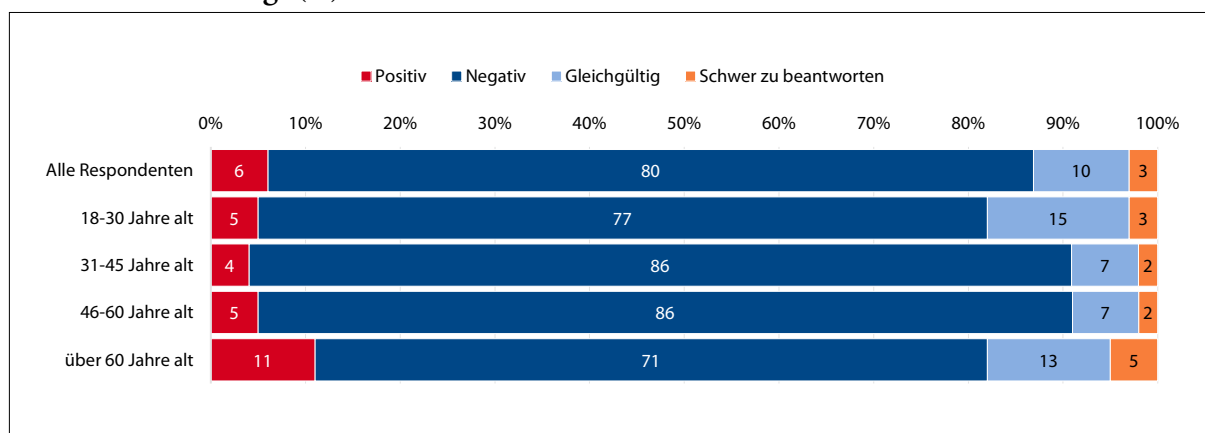


Quelle: World Bank Data, <<http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=2&series=SP.DYN.LE00.MA.IN&country=RUS>>

UMFRAGE

Die Einstellungen der russischen Bevölkerung zur Rentenreform

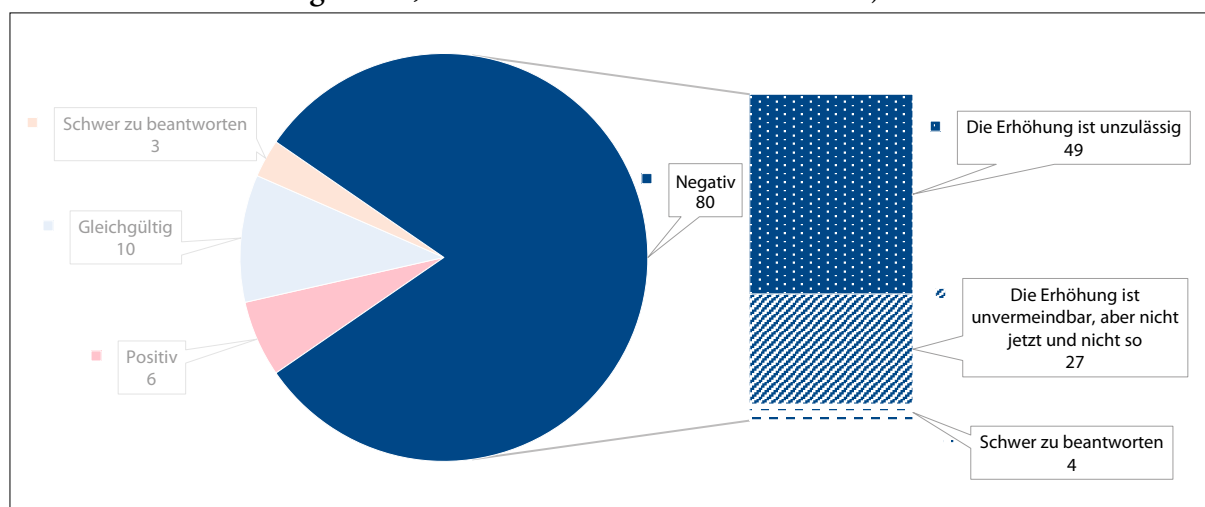
Grafik 1: Die Regierung hat angekündigt, dass das Renteneintrittsalter für Männer von 60 auf 65 und für Frauen von 55 auf 63 Jahre angehoben wird. Wie stehen Sie zu dieser Entscheidung? (%)



Anm.: Durch einen Rundungsfehler weicht die Gesamtzahl der Respondenten von 100 % ab.

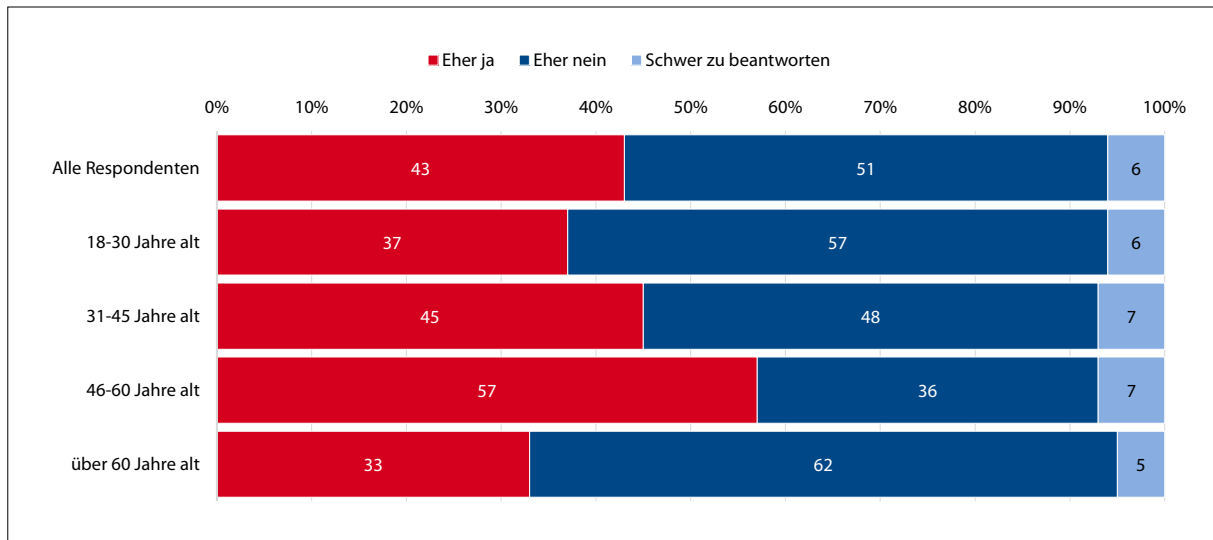
Quelle: FOM, Dominanty. Pole mnenij. Soziologitscheskij bjulleten, S. 26, <<http://bd.fom.ru/pdf/d252018.pdf>>, veröffentlicht am 28. Juni 2018.

Grafik 2: Einige denken, dass die Erhöhung des Renteneintrittsalters prinzipiell unzulässig ist. Andere denken, dass das Renteneintrittsalter früher oder später angehoben werden sollte, aber nicht jetzt und nicht so, wie die Regierung es plant. Welcher Meinung sind Sie? (Die Frage wurde den 80 % der Respondenten gestellt, die negativ zu der Entscheidung stehen, das Renteneintrittsalter anzuheben)



Quelle: FOM, Dominanty. Pole mnenij. Soziologitscheskij bjulleten, S. 28, <<http://bd.fom.ru/pdf/d252018.pdf>>, veröffentlicht am 28. Juni 2018.

Grafik 3: Falls es an Ihrem Wohnort zu Protesten gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters kommt, würden Sie daran teilnehmen?



Quelle: FOM, *Dominantny. Pole mnenij. Soziologitscheskij bjulleten*, S. 29, <<http://bd.fom.ru/pdf/d252018.pdf>>, veröffentlicht am 28. Juni 2018.

CHRONIK

18. Juni – 1. Juli 2018

18.06.2018	Michail Maslow, Minister für Landwirtschaft, Ernährung und verarbeitende Industrie in der Region Orenburg, wird wegen des Verdachts auf Veruntreuung von Haushaltsmitteln verhaftet. Er wird verdächtigt, gemeinsam mit einem Komplizen mehr als 100 Millionen Rubel (etwa 1,3 Millionen Euro) veruntreut zu haben.
18.06.2018	Die Europäische Union verlängert die als Reaktion auf die Annexion der Krim im Jahr 2014 verhängten Sanktionen in Bezug auf die Krim und Sewastopol um ein weiteres Jahr bis zum 23.6.2019.
18.06.2018	Michail Men, ehemaliger Minister für Bauwesen, Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, wird neuer Wirtschaftsprüfer des Rechnungshofes. Für diese Tätigkeit beendet er seine Mitgliedschaft in der Regierungspartei »Einiges Russland«. Men war im Mai als Minister von Wladimir Jakuschew abgelöst worden.
18.06.2018	Wassilij Jurtschenko, ehemaliger Gouverneur des Gebietes Nowosibirsk, wird Generaldirektor einer der Tochtergesellschaften der Holding »Metallserwis«. Die Holding ist laut dem Wirtschaftsmagazin »Forbes« mit einem Jahresumsatz von 68,2 Milliarden Rubel (etwa 922 Millionen Euro) das größte russische Metallunternehmen. Jurtschenko war von 2010 bis 2014 Gouverneur des Gebietes Nowosibirsk. Im Jahr 2017 wurde er wegen Amtsmissbrauchs schuldig gesprochen und zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.
19.06.2018	51 % der Russen wünschen sich eine Verlängerung der Amtszeit Putins über das Jahr 2024 hinaus. Dies ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Lewada-Zentrum«. Demnach sind nur 27 % der Befragten der Meinung, Putin solle sich nach dieser Amtszeit nicht zur Wiederwahl stellen. Die Verfassung der Russischen Föderation sieht vor, dass der Präsident dieses Amt nicht länger als zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten innehaben darf. Putin war im März dieses Jahres erneut zum Präsidenten gewählt worden.
19.06.2018	Der russische Wirtschaftsminister Maxim Oreschkin teilt mit, dass Russland plane, Strafzölle für den Import US-amerikanischer Waren einzuführen. Eine Liste der betroffenen Güter werde in den kommenden Tagen erstellt. Russland reagiert damit auf die von den USA im März verhängten Schutzzölle auf Stahl und Aluminium.
20.06.2018	Der stellvertretende Leiter der Abteilung für Transportsicherheit im russischen Verkehrsministerium, Dmitrij Krushewizkij, wird wegen Annahme von Bestechungsgeldern verhaftet. Die Höhe der angenommenen Gelder geht aus der Erklärung des zuständigen Meschtschanskij-Bezirksgerichts in Moskau nicht hervor.
20.06.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin versetzt den Botschafter in Argentinien, Wiktor Koronelli, nach Mexiko. Nachfolger in der Botschaft in Buenos Aires wird Dmitrij Feoktistow. Der russische Botschafter in Mexiko, Eduard Malajan, wird von seinem Posten entlassen. Koronelli war im März in den Verdacht geraten, in den Kokain-Schmuggel von Botschaftsmitarbeitern in Argentinien verwickelt gewesen zu sein. Koronelli bestreitet dies und gibt an, die argentinischen Strafverfolgungsbehörden selbst über den Verdacht des Handels mit Kokain informiert zu haben.
20.06.2018	Der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew legt einen Reformentwurf zur Erhöhung des Renteneintrittsalters vor. Ab 2019 soll dieses stufenweise ansteigen, bis 2028 für Männer auf 65 Jahre, bis 2034 für Frauen auf 63 Jahre. Gleichzeitig kündigte Medwedew eine Erhöhung der Renten an, diese soll über der Inflationsrate liegen. Die statistische Lebenserwartung von Männern liegt laut russischer Statistikbehörde »Rosstat« bei 66,5 und von Frauen bei 77 Jahren.
21.06.2018	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko fordert in einem Telefongespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Freilassung der in Russland inhaftierten politischen Gefangenen aus der Ukraine. Poroschenko fordert Russland außerdem auf, seine Verpflichtungen im Rahmen der zur Beendigung des Kriegs in der Ostukraine getroffenen »Minsker Vereinbarungen« zu erfüllen und die Sicherheit in den betroffenen Gebieten zu gewährleisten.
22.06.2018	Der unabhängige Fernsehsender »Doshd« legt beim Wirtschaftsgericht in Moskau wegen einer nach einer Steuerprüfung verhängten Geldbuße in Höhe von zwei Millionen Rubel (etwa 27.000 Euro) Beschwerde ein. Die Generaldirektorin von »Doshd«, Natalija Sindejewa, begründet die Beschwerde mit Verfahrensfehlern bei der Prüfung. Sindejewa hatte »Doshd«, der heute nur noch im Internet zu sehen ist, im Jahr 2010 gegründet.
22.06.2018	Die russische Bildungsaufsichtsbehörde »Rosobrnadsor« entzieht der angesehenen »Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften« die Lizenz. Begründet wird dieser Schritt damit, dass insgesamt elf Studiengänge nicht den offiziellen Bildungsstandards entsprächen. Die Hochschule ist ursprünglich als britisch-russisches Projekt entstanden. Daher vermuten Insider die politischen Spannungen zwischen London und Moskau als eigentlichen Grund für den Entzug der Lizenz.
25.06.2018	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet ein Dekret zur Ausweitung der Sanktionen gegen Russland. Die Sanktionsliste wird damit um 30 russische Organisationen und 14 Einzelpersonen erweitert. Die neuen Sanktionen richten sich gegen IT-Unternehmen, die im Verdacht stehen, mit dem russischen Inlandsgeheimdienst FSB zu kooperieren.

26.06.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin ernennt Vizeadmiral Aleksandr Moissejew zum neuen Befehlshaber der Schwarzmeerflotte. Moissejew löst Aleksandr Witko ab, der nach Ableistung seiner fünfjährigen Dienstpflicht in eine andere leitende Position innerhalb der russischen Kriegsmarine wechselt.
27.06.2018	John Bolton, Berater des US-Präsidenten Donald Trump, trifft während eines Moskau-Besuches mit Präsident Wladimir Putin und Außenminister Sergej Lawrow zusammen. Im Rahmen der Gespräche wird ein Treffen zwischen Trump und Putin verabredet. Als Termin wird der 16. Juli festgelegt. Die beiden Präsidenten sollen sich in Helsinki treffen.
28.06.2018	Jurij Dmitrijew, Leiter des Regionalbüros der Menschenrechtsorganisation »Memorial« in Karelrien, wird erneut festgenommen. Dmitrijew war im Dezember 2016 unter dem Vorwurf der Kinderpornographie festgenommen worden. Nachdem er im April 2018 freigesprochen worden war, legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Dieser wurde am 15. Juni stattgegeben. Das städtische Gericht in Petrosawodsk ordnete eine erneute Untersuchungshaft an.
29.06.2018	Der Bruder des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj, Oleg Nawalnyj, wird aus der Haft entlassen. Er war im Dezember 2014 im sogenannten »Yves Rocher Prozess« zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Gemeinsam mit seinem Bruder Alexej, der zu einer dreieinhalbjährigen Bewährungsstrafe verurteilt wurde, soll er den Kosmetikhersteller »Yves Rocher« um 26 Millionen Rubel (etwa 356.000 Euro) betrogen haben. Prozessbeobachter hatten vermutet, dass der Prozess politisch motiviert war, und dass Oleg Nawalnyj für seinen Bruder in Sippenhaft genommen wurde.
01.07.2018	In 30 russischen Städten finden Demonstrationen gegen die von Präsident Dmitrij Medwedew angekündigte Erhöhung des Renteneintrittsalters statt. In Wladimir demonstrieren etwa 200 Menschen auf einer von Anhängern des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj organisierten Kundgebung. Auch im Gebiet Iwanowo gingen die Menschen in verschiedenen Städten auf die Straße.
01.07.2018	Die russische Nationalmannschaft der Männer besiegt Spanien im Achtelfinale nach Verlängerung und Elfmeterschießen mit 4:3 Toren. Russland zieht damit zum ersten Mal seit dem Ende der UdSSR 1991 ins Viertelfinale einer Männer-Fußballweltmeisterschaft ein. Zum Spiel im Moskauer Olympiastadion »Lushniki« kamen mehr als 78.000 Zuschauer.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Göbel

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/russland/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich) und Anastasia Stoll
Redaktionsassistent: Merle Huber
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Chronik: Alena Göbel
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

